

Nachtrag Nr. 7 vom 30. April 2012

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz („WpPG“)

zum Basisprospekt für

Schuldverschreibungen (einschließlich Pfandbriefe)

vom 11. Mai 2010

geändert durch Nachtrag Nr. 1 vom 04. April 2011

geändert durch Nachtrag Nr. 2 vom 29. April 2011

geändert durch Nachtrag Nr. 3 vom 18. Mai 2011

geändert durch Nachtrag Nr. 4 vom 19. Juli 2011

geändert durch Nachtrag Nr. 5 vom 17. November 2011

geändert durch Nachtrag Nr. 6 vom 11. April 2012

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

(nachstehend „Emittentin“, die „Bank“ oder „Helaba“ oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Konzern“ genannt)

Dieser Nachtrag wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Informationen zum Nachtrag.....	3
Wichtige Hinweise.....	3
Belehrung über das Widerrufsrecht	3
Inhalt dieses Nachtrags	4
Änderung der Zusammenfassung in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin (Abschnitt 1.4 des Basisprospekts).....	4
Änderung des Basisprospekts in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Abschnitt 3. des Basisprospekts).....	4
Anhang:	
Konzernlagebericht nach den Vorschriften des HGB und Konzernabschluss nach den Grundsätzen der IFRS der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2011	5
- Konzernlagebericht.....	A-1
- Konzernabschluss	A-57
Unterzeichner für die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale.....	6

Allgemeine Informationen zum Nachtrag

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieses Nachtrags. Die Helaba erklärt, dass die in diesem Nachtrag enthaltenen Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

Dieser Nachtrag vom 30. April 2012 („der Nachtrag“) wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

Wichtige Hinweise

Dieser Nachtrag aktualisiert den auf dem Deckblatt genannten Basisprospekt vom 11. Mai 2010 in Bezug auf die bereit gestellten und in diesem Nachtrag genannten Angaben und bildet mit diesem eine Einheit. Die mit diesem Nachtrag bereit gestellten Angaben sind mit den im Basisprospekt zur Verfügung gestellten Angaben im Zusammenhang zu lesen. Die Aushändigung dieses Nachtrags bedeutet zu keiner Zeit, dass die darin enthaltenen Angaben bezüglich der Emittentin zu einem späteren Zeitpunkt als zu dem Datum dieses Nachtrags zutreffend sind oder dass andere im Zusammenhang mit dem Nachtrag zur Verfügung gestellte Angaben zu einem späteren Zeitpunkt zutreffend sind als zu dem Datum des betreffenden Dokuments, in dem diese enthalten sind. Unter den Voraussetzungen des § 16 WpPG wird die Emittentin etwaige weitere Nachträge zum Basisprospekt veröffentlichen.

Belehrung über das Widerrufsrecht

Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von unter dem Basisprospekt angebotenen Wertpapieren gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, können diese innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags widerrufen sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist. Der Widerruf muss keine Begründung enthalten und ist in Textform gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen, Neue Mainzer Str. 52-58, 60311 Frankfurt am Main, zu erklären. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Inhalt dieses Nachtrags

Die Helaba hat am 30. April 2012 ihren Konzernabschluss 2011 nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, („IFRS“) veröffentlicht. Dieser Konzernabschluss sowie dieser Konzernlagebericht nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und der Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers ist im Anhang dieses Nachtrags beigefügt und ist Bestandteil dieses Nachtrags.

Änderung der Zusammenfassung in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin (Abschnitt 1.4 des Basisprospekts)

Die im Basisprospekt vom 11. Mai 2010 im Abschnitt 1.4 enthaltenen Angaben werden unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ auf Seite 16 wie folgt ergänzt:

Die Emittentin hat am 30. April 2012 ihren Konzernabschluss nach den Grundsätzen der IFRS sowie den Konzernlagebericht nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2011 veröffentlicht. Dieser Konzernabschluss und dieser Konzernlagebericht wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Änderung des Basisprospekts in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Abschnitt 3. des Basisprospekts)

Der Basisprospekt vom 11. Mai 2010 wird in Abschnitt 3. unter der Überschrift „Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ auf Seite 40 ergänzt. Die aus dem Registrierungsformular vom 12. Mai 2011 in den Basisprospekt vom 11. Mai 2010 einbezogenen Angaben unter der Übersicht „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ werden dementsprechend wie folgt aktualisiert:

Historische Finanzinformation

Die Emittentin hat am 30. April 2012 ihren Konzernabschluss nach den Grundsätzen der IFRS sowie den Konzernlagebericht nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2011 veröffentlicht. Dieser Konzernabschluss und dieser Konzernlagebericht wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Anhang: Konzernlagebericht nach den Vorschriften des HGB und Konzernabschluss nach den Grundsätzen der IFRS der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2011

Die nachfolgenden Seiten A-1 bis A-164 sind dem Geschäftsbericht 2011 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale entnommen, der bei der Helaba, Neue Mainzer Strasse 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main erhältlich oder unter www.helaba.de abrufbar ist.

Konzernlagebericht und
Konzernabschluss der
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale 2011

Konzernlagebericht

4	Geschäfts- und Rahmenbedingungen
10	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
18	Chancen- und Risikobericht
52	Nachtragsbericht
53	Prognosebericht

Konzernlagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit des Konzerns/der Bank

Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) weist in den letzten Jahren trotz Belastungen aus der Finanz- und Staatsschuldenkrise eine stabile Geschäfts- und Ertragsentwicklung auf. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind:

- das konzernweit angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit starkem regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation,
- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft und eine enge Verzahnung mit der Realwirtschaft,
- der weitgehende Verzicht auf Kreditersatzgeschäfte,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- sowie des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform in Verbindung mit ihrer engen Integration in die Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau ihrer Aktivitäten im Verbund- und öffentlichen Fördergeschäft. Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert deshalb auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Privatkunden und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Geschäftsaktivitäten erfolgen zum einen unmittelbar aus den beiden Bankzentralen in Frankfurt am Main und Erfurt sowie den in- und ausländischen Niederlassungen und Repräsentanzen, zum anderen über Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Aufbauorganisatorisch und in der Geschäftssteuerung gilt grundsätzlich das Prinzip der konzernweiten Divisionalisierung.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Financial Institutions and International Public Finance, Global Markets, Asset Management und Transaktionsgeschäft. Vertriebsseitig verfolgt die Helaba eine Doppelstrategie zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebes auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen, institutionellen Kunden sowie öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Hinzu kommt die unmittelbare Marktpräsenz über Niederlassungen in den USA, Großbritannien und Frankreich sowie über Auslandsrepräsentanzen in Madrid, Moskau und Shanghai.

In der Unternehmenssparte Privatkunden und Mittelstandsgeschäft ist die Helaba im Rahmen ihrer Verbundbankfunktion zentraler Produktlieferant und Dienstleistungsplattform für die Verbundsparkassen in Hessen und Thüringen. Im Rahmen des Geschäftsmodells der „wirtschaftlichen Einheit“ mit den Verbundsparkassen erfolgt im gemeinsamen Geschäftsgebiet arbeitsteilig eine produkt- und kundenseitige Gesamtmarktdeckung. Über die rechtlich unselbstständige Landes-

bausparkasse Hessen-Thüringen ist die Helaba in beiden Bundesländern Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 800.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab. Strategisch verfolgt die Helaba das Ziel, eine führende Sparkassenverbundbank für Deutschland zu werden.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank, die von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit ist, besteht in Übereinstimmung mit dem Recht der Europäischen Union (EU) eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften beteiligt. Der Thüringer Aufbaubank hat die Helaba ein aufsichtsrechtlich als haftende Eigenmittel anerkanntes Nachrangdarlehen in Höhe von 40 Mio. € gewährt.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Eigentümer und Träger der Helaba sind mit einem Anteil von 85 % der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT), dem staatsvertraglich als Mitglieder die Sparkassen in Hessen und Thüringen und ihre kommunalen Träger angehören, das Land Hessen mit einem Anteil von 10 % und der Freistaat Thüringen mit einem Anteil von 5 % am Stammkapital der Bank.

Die vom Land Hessen zeitlich unbefristet eingebrachten stillen Einlagen in Höhe von 1,92 Mrd. € wurden mit rechtlicher Wirkung ab dem 30. Dezember 2011 in Kapitaleinlagen gewandelt, die alle aufsichtsrechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung als hartes Kernkapital (Common Equity Tier I Capital, CET 1-Kapital) erfüllen. Die Kapitaleinlagen nehmen gleichberechtigt zum Stammkapital an einem Jahresüberschuss beziehungsweise Jahresfehlbetrag der Bank teil.

Darüber hinaus haben die Sparkassen in Hessen und Thüringen in Höhe von 395 Mio. € sowie private und institutionelle Anleger in Höhe von 658 Mio. € unbefristete und befristete Einlagen als haftendes Kernkapital in die Helaba eingelegt.

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Rating

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's Corp. (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 28. Februar 2012):

	Moody's	Fitch	S&P
Langfristig (unbesichert)	A1	A+*	A*
Kurzfristig (unbesichert)	P-1	F1+*	A-1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	AAA
Hypothekenpfandbriefe	-	AAA	-
Finanzkraft-/Viability-Rating	C-	a+*	-

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Die für die Helaba und die Sparkassen von Fitch und S&P vergebenen Verbund-Ratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen sowie den satzungsrechtlich verankerten institutionellen, haftungsmäßigen und wirtschaftlichen Regelungen des Verbundkonzeptes. Im Rahmen der von den Rating-Agenturen im Jahr 2011 vollzogenen Änderungen in der Rating-Methodik wurden von Fitch und S&P alle Rating-Einstufungen der Helaba bestätigt, bei Moody's wurden die unbesicherten langfristigen Verbindlichkeiten mit A1 (zuvor Aa2) eingestuft. Die Helaba gehört im Marktvergleich bei den drei Rating-Agenturen unverändert zu den deutschen Kreditinstituten mit den höchsten Bonitätseinstufungen. Mitte Februar 2012 hat Moody's im Gefolge der Staatsschuldenkrise in der Eurozone für über 100 europäische Kreditinstitute einen „Review for Downgrade“ bekanntgegeben. Bei der Helaba sind das kurzfristige Rating von P-1 sowie die Pfandbrief-Ratings hiervon nicht betroffen; bei langfristigen, unbesicherten Verbindlichkeiten ist eine mögliche Herabstufung auf eine Stufe begrenzt.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung, mit der sowohl Neugeschäfte barwertig bewertet werden als auch das Ergebnis des Bestandes periodengerecht abgebildet wird. Die einzelgeschäftliche Steuerung wird dabei für definierte Kernportfolios des Konzerns angewendet und durch weitere Steuerungskreise komplettiert. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden für die verschiedenen Ergebniskomponenten Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Zur Überwachung der Budgetkompetenzen werden den Geschäftseinheiten zeitnah detaillierte Berichte zur Budgetauslastung zur Verfügung gestellt. Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagements werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden

Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass circa die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Das Vergütungssystem der Helaba erfüllt dem Sinn und Zweck nach schon seit Jahren die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten. Einzelne im Wesentlichen noch formal zu erfüllende Anforderungen wurden nach Beendigung der erforderlichen Einbindung der Gremien umgesetzt. Der Verwaltungsrat der Bank hat am 24. November 2011 den „Grundsätzen für Anstellung, Vergütung und Versorgung der außertariflich Beschäftigten der Bank“ zugestimmt. Diese Grundsätze sollen im Rahmen des Abschlusses einer Dienstvereinbarung umgesetzt werden. Es wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter identifiziert, die aufgrund ihrer Funktion Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil haben. Bei diesen Beschäftigten wurde ab der Abschlussvergütung für das Geschäftsjahr 2009 bereits eine Deferral-Komponente eingeführt, die Abschlussvergütungen für das Geschäftsjahr 2010 wurden den Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung unterworfen. Der 2010 eingerichtete Vergütungsausschuss hat sich in mehreren Sitzungen mit dem aktuellen Vergütungssystem der Helaba auseinandergesetzt; er hat die im Hinblick auf die Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung vorgesehenen Modifikationen diskutiert und Anregungen eingebracht. Der Personalausschuss des Verwaltungsrates, auf den seitens des Verwaltungsrates die Überwachungsfunktion für das Vergütungssystem übertragen worden ist, wurde über die auf der Basis des bisherigen Vergütungssystems beabsichtigten Veränderungen regelmäßig informiert.

Als regional verankertes Kreditinstitut mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche Verantwortung, insbesondere in den Bundesländern Hessen und Thüringen. Die Bank ist direkt beziehungsweise über ihr Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert herausragende Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen. Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Gründungsmitgliedern des von führenden Finanzunternehmen getragenen Vereines „Frankfurt Main Finance e.V.“, dessen Ziel in der Förderung des internationalen Standortmarketings des Finanzplatzes Frankfurt am Main besteht. In ihrer Geschäftsstrategie hat sich die Helaba zur nachhaltigen Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit und zur Stärkung ihres Nachhaltigkeitsprofils verpflichtet. Mit dem MAIN TOWER, dem Hauptgebäude der Helaba, und dem Objekt Junghof wurden zwei Bestandsgebäude am Standort Frankfurt am Main nach den Standards von „Leadership in Energy and Environmental Design“ (LEED) im Jahr 2011 zertifiziert und damit als umweltfreundliche, ressourcenschonende und nachhaltige Gebäude ausgezeichnet. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Beide Institute gehören auch zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen für die Sicherstellung einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft startete sehr dynamisch in das Jahr 2011. Nach einem kräftigen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im ersten Quartal kam es in den folgenden Monaten zu einer spürbaren Verlangsamung. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Eintrübung und der Zuspitzung der europäischen Verschuldungskrise schrumpfte die Wirtschaftsleistung im Schlussquartal dann sogar leicht. Mit einem Wachstum von preisbereinigt 3 % stellt das Jahr 2011 insgesamt das zweite Boomjahr in Folge dar. Damit konnte Deutschland wieder das Niveau vor der Finanzkrise erreichen und fast doppelt so stark expandieren wie der Durchschnitt der Eurozone. Am kräftigsten legten die Exporte und die Ausrüstungsinvestitionen zu. Dabei profitierte die deutsche Exportindustrie von der nach wie vor hohen Nachfrage vor allem aus den Schwellenländern. Aber auch die US-Wirtschaft erwies sich trotz zwischenzeitlicher Rezessionsängste als robust und konnte ein BIP-Wachstum von fast 2 % erzielen. Der private Konsum in Deutschland leistete zum ersten Mal seit Jahren einen deutlichen Wachstumsbeitrag. Infolge der günstigen Baukonjunktur entwickelten sich auch die Bauinvestitionen überdurchschnittlich. In anderen Teilen der Eurozone bremsten 2011 die durch die Finanzkrise offengelegten Strukturprobleme. Die Staaten in der Peripherie der Eurozone wurden durch den Druck der Finanzmärkte zu Sparprogrammen und Wirtschaftsreformen gezwungen, die zunächst das Wachstum dämpfen.

Im Dezember 2010 hat der Basler Ausschuss der Notenbankgouverneure und Leiter der Aufsichtsbehörden die endgültigen Vorschläge der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) veröffentlicht. Neben der Einführung zweier neuer Liquiditätskennziffern für die Steuerung der kurz- und langfristigen Liquidität umfasst Basel III insbesondere verschärfte qualitative und quantitative Anforderungen an die künftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten. Diese werden nach Umsetzung in der EU (über die Capital Requirement Directive, CRD IV) zum 1. Januar 2013 verbindlich in Kraft treten. Die EU-Kommission hat Mitte 2011 den ersten Entwurf der CRD IV vorgelegt. Neben einer stufenweisen Einführung der neuen Eigenmittelquoten bis zum Jahr 2019 sieht die CRD IV für Kreditinstitute rechtsformunabhängig eine zehnjährige Übergangsfrist für solche Kapitalinstrumente vor, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen. Zudem sieht die CRD IV für alle Kreditinstitute bei Erfüllung entsprechender Voraussetzungen auch zukünftig die Nutzung von Kapitalinstrumenten als CET 1-Kapital vor, die nicht Stammkapital oder Rücklagen darstellen. Von dieser Möglichkeit haben das Land Hessen und die Helaba durch die am 30. Dezember 2011 erfolgte Wandlung der bislang bestehenden stillen Einlagen in Kapitaleinlagen im Volumen von 1,92 Mrd. € Gebrauch gemacht.

Auf der Grundlage von Beschlüssen des Europäischen Rates hat die Anfang des Jahres 2011 gegründete Europäische Bankenaufsicht (EBA) im letzten Jahr mehrere Stresstests für systemrelevante Banken in der EU durchgeführt. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Schuldenkrise in der Eurozone sollte die Stabilität des europäischen Bankensektors getestet und die Vertrauensbildung an den Finanzmärkten gefördert werden. Unabhängig von den mit Basel III beziehungsweise der CRD IV verfolgten Zeitplänen für die quantitative und qualitative Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung legte die EBA für die Stresstests einen Eigenkapitalbegriff zugrunde, der ausschließlich auf „hartes“ Kernkapital abstellte. Zudem wurde in der zweiten Jahreshälfte für die Stresstests eine Mindestquote für CET 1-Kapital von 9 % festgelegt, die von systemrelevanten EU-Banken temporär auch über den 30. Juni 2012 hinaus vorzuhalten ist.

Den zum Stichtag 30. September 2011 durchgeführten Stresstest hat die Helaba aus formaltechnischen Gründen nicht bestanden, da die zum Jahresende 2011 erfolgte Wandlung der vom Land Hessen gehaltenen stillen Einlagen im Volumen von 1,92 Mrd. € in Kapitaleinlagen seitens der EBA formell nicht berücksichtigt wurde. Die Kapitaleinlagen des Landes Hessen stellen „hartes“ Kernkapital (CET 1-Kapital) dar, so dass materiell kein Rekapitalisierungsbedarf bei der Helaba besteht. Vielmehr hat die Helaba mit diesen Maßnahmen ihre Kapitalbasis frühzeitig an die Eigenkapitalanforderungen nach Basel III beziehungsweise CRD IV angepasst.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Euro-Schuldenkrise sowie die verschärften aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich Eigenkapital und Liquidität den Druck auf die Kreditinstitute zur Überprüfung und Anpassung der Geschäftsmodelle deutlich verstärkt. Hinzu kommen bei denjenigen Banken, die zur wirtschaftlichen Stabilisierung staatliche Beihilfen in Anspruch nehmen mussten, die Pflichten zur Umsetzung von Auflagen der EU-Kommission. Diese führen zu einem Abbau beziehungsweise der Einstellung von Geschäftsaktivitäten und Veräußerungen von Beteiligungsunternehmen. Im Zuge der im Jahr 2011 von der EBA durchgeführten Stresstests sind bei systemrelevanten Kreditinstituten die Anforderungen an die Ausstattung mit „hartem“ Kernkapital kräftig gestiegen. Zu deren Erfüllung sind bei zahlreichen Kreditinstituten Rekapitalisierungsmaßnahmen eingeleitet worden, die nachhaltig deren Marktposition beeinflussen werden. Die im Jahr 2011 von den führenden Rating-Agenturen vorgenommenen Veränderungen in der Rating-Methodik haben in der deutschen Kreditwirtschaft zu zahlreichen Rating-Herabstufungen geführt, die die Beschaffungsmöglichkeiten an den nationalen und insbesondere den internationalen Refinanzierungsmärkten negativ beeinflussen. Die Kombination von höheren Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungskosten sowie den Belastungen aus der deutschen Bankenabgabe führt zu einer dauerhaften Absenkung der Rentabilität des Bankensektors. Hierdurch ergeben sich strukturelle Anpassungsprozesse und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch für das einzelne Kreditinstitut strategische Chancen eröffnen.

Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen zur Stützung beziehungsweise Abwicklung von Kreditinstituten haben sich seit Jahresanfang 2011 in Deutschland mehrfach verändert. Zu Jahresbeginn trat das Restrukturierungsfonds-Gesetz in Kraft. Bestandteil dieses Gesetzes ist die Einführung von Beiträgen der Kreditwirtschaft („Bankenabgabe“) zur Finanzierung eines bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) eingerichteten Fonds zur Restrukturierung von Kreditinstituten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Bankenabgabe ist aus den versteuerten Betriebsergebnissen zu leisten. Des Weiteren ermöglicht das Anfang 2011 in Kraft getretene Restrukturierungs- und Abwicklungsgesetz die Sanierung und Reorganisation von in wirtschaftliche Schieflage geratenen Kreditinstituten. Anfang 2012 hat der Gesetzgeber im Rahmen des zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, befristet bis Jahresende 2012, die FMSA für Maßnahmen zur Stabilisierung von Kreditinstituten ermächtigt, die einen Garantierahmen von insgesamt 400 Mrd. € und einen Eigenkapitalrahmen von bis zu 80 Mrd. € vorsehen. Für den gleichen Zeitraum hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für den Fall einer besonderen Risikolage auf dem Finanzmarkt oder zur Abwendung einer drohenden Gefahr für die Finanzmarktstabilität die Kompetenz zur Anordnung von Kapitalmaßnahmen bei einzelnen Kreditinstituten erhalten, die über die geltenden Kapitalanforderungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) oder in institutsspezifischen Gründen liegenden Anforderungen hinausgehen. Mit diesem breiten Instrumentenfächer hat der deutsche Gesetzgeber hinreichende Voraussetzungen geschaffen, das Vertrauen der Finanzmärkte in die Stabilität des deutschen Bankensystems zu sichern.

Bei der seit Mitte 2010 auf EU-Ebene geführten Diskussion zur Einführung von europaweit einheitlichen Einlagensicherungssystemen zum Schutz von Kundeneinlagen zeichnet sich ab, dass auch zukünftig national bestehende institutssichernde Systeme, wie zum Beispiel der bestehende Haftungsverband in der deutschen Sparkassen- und Landesbankenorganisation, als vollwertige Alternative zur Einlagensicherung fortbestehen können.

Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2011 geprägt vom kräftigen, im Jahresverlauf allerdings deutlich abnehmenden konjunkturellen Wachstum in Deutschland und der hohen Volatilität an den Finanzmärkten im Gefolge der Schuldenkrise einzelner Euroländer. In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Im Kreditgeschäft mit Kunden wurde im mittel- und langfristigen Neugeschäft der Helaba ein Abschlussvolumen von 14,4 Mrd. € erreicht. Trotz eines Zuwachses von 37 % gegenüber dem Vorjahr sanken aufgrund hoher, zum Teil außerordentlicher Tilgungen die Forderungen an Kunden konzernweit um 3,7 Mrd. € beziehungsweise 4 % auf 84,0 Mrd. €. Vom mittel- und langfristigen Neugeschäft entfielen 6,7 Mrd. € auf Immobilienkredite, 4,1 Mrd. € auf das Corporate Finance-Geschäft, jeweils 1,0 Mrd. € auf das Sparkassen- und das Kommunalgeschäft sowie 0,9 Mrd. € auf die Frankfurter Sparkasse. Diese Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder entspricht der realwirtschaftlichen Ausrichtung des strategischen Geschäftsmodells der Helaba. Aufgrund ihres hohen Marktstandings konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung des Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind ungedeckte Bankschuldverschreibungen sowie öffentliche und Hypothekenpfandbriefe die wesentlichen Refinanzierungsinstrumente.

Auch im Geschäftsjahr 2011 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte sowie stiller Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinnes erlaubt. Mit einer Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2011 von 10,1 % und einer gesamten Eigenmittelquote von 15,3 % verfügt der Helaba-Konzern über eine komfortable Eigenmittelausstattung. Mit der Ende 2011 erfolgten Wandlung der stillen Einlagen des Landes Hessen im Volumen von 1,92 Mrd. € in „hartes“ Kernkapital erfüllt die Helaba frühzeitig die Eigenkapitalanforderungen von Basel III beziehungsweise der CRD IV.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Veränderung des Konsolidierungskreises

Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2011 hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Sie betrifft überwiegend Objektgesellschaften aus der Immobilienprojektentwicklung.

Ende Dezember 2010 hat die Helaba ihren Anteil von 80 % an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG auf 45 % reduziert. Entsprechend war eine Entkonsolidierung vorzunehmen und die verbleibenden Anteile werden seitdem at Equity bilanziert. Dies beeinflusst den Vorjahresvergleich in der Gewinn- und Verlustrechnung, insbesondere das sonstige betriebliche Ergebnis und den Verwaltungsaufwand betreffend.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Helaba konnte ihr Konzernergebnis im Geschäftsjahr 2011 erheblich steigern. Bedingt durch die gute Verfassung der deutschen Wirtschaft fiel der Risikovorsorgebedarf etwas niedriger aus als ursprünglich erwartet. Das operative Geschäft, das sich insbesondere im Zins- und Provisionsüberschuss niederschlägt, verlief sehr stabil mit steigender Tendenz. Extrem volatil entwickelte sich das Handelsergebnis, das nach einem hervorragenden ersten Halbjahr im zweiten Halbjahr aufgrund der Verschärfung der Staatsschuldenkrise mit den damit verbundenen Spreadausweitungen in ein negatives Ergebnis drehte. Kompensiert wurde dies durch gegenläufige positive Bewertungseffekte aus den Bankbuchderivaten. Sonderbelastungen wie die erstmals entrichtete Bankenabgabe oder Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen hat die Helaba gut verkraften können. Das Ergebnis vor Steuern fiel mit 492 Mio. € (2010: 398 Mio. €) besser aus als ursprünglich geplant. Nach Steuern wird ein Konzernjahresergebnis von 397 Mio. € (2010: 298 Mio. €) ausgewiesen. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss liegt mit 1.067 Mio. € um 5 % über dem Vorjahresergebnis (2010: 1.017 Mio. €). Eine moderate Erhöhung der Zinsmarge bei Neugeschäftsabschlüssen und günstige Refinanzierungsmöglichkeiten führten dazu, dass sich der Volumentrückgang aus dem Kundengeschäft nicht negativ auswirkte. Über ein Viertel des Zinsüberschusses entfällt auf das Retail-Geschäft der Frankfurter Sparkasse.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt 273 Mio. € (2010: 285 Mio. €). Auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen entfiel eine Nettozuführung von 179 Mio. € (2010: 241 Mio. €). Die für nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildete Portfoliowertberichtigung wurde gegenüber dem Vorjahr um 78 Mio. € erhöht, nachdem im Vorjahr kein Zuführungsbedarf bestand. Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen beträgt 16 Mio. € (2010: 44 Mio. €). Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 732 Mio. € auf 794 Mio. € gestiegen.

Der Provisionsüberschuss konnte mit 254 Mio. € (2010: 249 Mio. €) leicht gesteigert werden. Der Provisionsüberschuss wird im Wesentlichen von der Helaba, der Frankfurter Sparkasse, der Helaba Invest und der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG generiert. Dabei entwickelten sich insbesondere die Provisionen aus dem Bankgeschäft der Helaba positiv. Dies ist auch auf den Anstieg des von der WIBank für das Land Hessen abwickelte Fördergeschäft zurückzuführen. Die Beiträge aus den anderen Konzerneinheiten bewegten sich auf Vorjahresniveau.

Das Handelsergebnis beläuft sich auf –44 Mio. € (2010: 148 Mio. €). Wie bereits im Geschäftsjahr 2010 war eine stark volatile Entwicklung zu beobachten, bedingt durch die Verunsicherung der Märkte aufgrund der hohen Staatsverschuldung einiger EU-Staaten. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Marktturbulenzen des zweiten Halbjahres 2011 und die dabei aufgetretenen Spreadausweitungen zurückzuführen. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt und sind schwerpunktmäßig auf den Zinshandel ausgerichtet.

Der erhebliche Anstieg des Ergebnisses aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option von 6 Mio. € im Vorjahr auf 280 Mio. € im Geschäftsjahr 2011 ist teilweise auf den Wegfall von Vorjahresbelastungen zurückzuführen, unter anderem aus der Bewertung der Kreditderivate des Bankbuches zum beizulegenden Zeitwert (16 Mio. €; 2010:

–43 Mio. €) und dem Bewertungsergebnis aus konsolidierten Fondsanteilen (0 Mio. €; 2010: –16 Mio. €). Der wesentliche Teil des Anstieges resultiert jedoch aus der Berücksichtigung der Liquiditätskomponente bei der Bewertung von Fremdwährungsderivaten (siehe Anhangangaben (1) und (25) des Konzernabschlusses 2011). Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro Hedges ausgewiesen wird, beträgt 12 Mio. € (2010: –1 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen hat sich mit –23 Mio. € (2010: –34 Mio. €) leicht verbessert. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale (AfS) liegen bei 63 Mio. € (2010: 5 Mio. €). Hier wirkte sich mit 29 Mio. € der Verkauf der Anteile an der DekaBank aus. Zudem wurden durch den Verkauf von Anleihen Bewertungsgewinne realisiert. Der Saldo aus Abschreibungen und Zuschreibungen beträgt –86 Mio. € (2010: –39 Mio. €). Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen mit –58 Mio. € griechische Staatsanleihen. Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von 7 Mio. € (2010: 9 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich von 357 Mio. € auf 209 Mio. € stark vermindert. Dies ist im Wesentlichen auf die Entkonsolidierung der Gruppe HANNOVER LEASING Ende 2010 zurückzuführen. Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte (2010: 11 Mio. €) und Erträge aus der Vereinnahmung passivischer Unterschiedsbeträge (2010: 2 Mio. €) sind im Geschäftsjahr 2011 nicht angefallen. Das ebenfalls im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesene Ergebnis aus Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, wird überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet und beträgt 138 Mio. € (2010: 140 Mio. €).

Die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes auf 997 Mio. € (2010: 1.068 Mio. €) resultiert ebenfalls aus der Entkonsolidierung der Gruppe HANNOVER LEASING. Bereinigt um die konsolidierungskreisbedingte Veränderung hat sich der Verwaltungsaufwand um 58 Mio. € erhöht. Dies ist mit 31 Mio. € auf die erstmals angefallenen Beiträge zum Restrukturierungsfonds („Bankenabgabe“) zurückzuführen.

Der Personalaufwand hat sich von 536 Mio. € auf 513 Mio. € vermindert. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 5.888 Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber 6.180 im Vorjahr. Der Sachaufwand wurde von 532 Mio. € auf 484 Mio. € reduziert. Darin enthalten sind 35 Mio. € (2010: 105 Mio. €) Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte.

Den Verwaltungsaufwendungen stehen operative Erträge in Höhe von 1.762 Mio. € (2010: 1.751 Mio. €) gegenüber, so dass sich eine Cost Income Ratio von 56,6% (2010: 61,0%) ergibt. In die operativen Erträge sind der Zinsüberschuss vor Risikovorsorge, der Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value Option, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, die Ergebnisse aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen sowie das sonstige betriebliche Ergebnis einbezogen. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern hat sich von 7,9% auf 9,2% erhöht.

Der Ertragsteueraufwand beträgt 95 Mio. € (2010: 100 Mio. €). Demnach konnte das Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen beziehungsweise das Konzernjahresergebnis um 33% auf 397 Mio. € gesteigert werden.

Von dem Konzernjahresergebnis entfällt auf konzernfremde Anteilseigner von konsolidierten Tochtergesellschaften 0 Mio. € (2010: –1 Mio. €), so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 397 Mio. € (2010: 299 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon sind ein Betrag von 28 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen Kapitaleinlagen des Landes Hessen und ein Betrag von 38 Mio. € zur Ausschüttung vorgesehen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2011 hat sich von 348 Mio. € auf 358 Mio. € erhöht. Neben dem Konzernjahresergebnis, wie es in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird, gehen hier als sonstiges Ergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Ergebnisse der Periode ein. Das sonstige Ergebnis beträgt –39 Mio. € (2010: 50 Mio. €). Belastet haben es wie im Vorjahr und bedingt durch die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes versicherungsmathematische Verluste. Aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS wurde 2011 ein erfolgsneutrales Periodenergebnis von –9 Mio. € vor Steuern erzielt. Im Vorjahr betrug dieses Ergebnis 131 Mio. €.

Bilanz

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2011 um 1,4 % beziehungsweise 2,3 Mrd. € auf 164,0 Mrd. € ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist auf außerplanmäßige Tilgungen von Kundenforderungen und die gezielte Reduzierung der Handelsaktiva zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft und Treuhandgeschäften eingehen, nahm um 3,4 % auf 186,6 Mrd. € (2010: 193,2 Mrd. €) ab.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 6,1 % auf 15,3 Mrd. € (2010: 14,4 Mrd. €) gestiegen, was insbesondere auf den Anstieg der gestellten Barsicherheiten zurückzuführen ist. Von diesem Forderungsvolumen entfallen 6,7 Mrd. € (2010: 6,8 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen und Thüringen zur Verfügung gestellt wurden.

Trotz eines Anstieges der Neugeschäftsabschlüsse sind die Forderungen an Kunden auf 84,0 Mrd. € (2010: 87,7 Mrd. €) gesunken. Hier wirkten sich außerplanmäßige Tilgungen von Kunden zum Zweck der Verbesserung von Bilanzrelationen und die Substitution durch Anleiheemissionen aufgrund des günstigen Kapitalmarktumfeldes aus. Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme beträgt 51,2 % (2010: 52,8 %). Von den Forderungen an Kunden betreffen 1,1 Mrd. € (2010: 1,5 Mrd. €) Wertpapiere, deren Ausweis im Zuge der Umkategorisierung im Geschäftsjahr 2008 geändert wurde (siehe hierzu Anhangangabe (65)).

Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen ist mit 1,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr unverändert. Von diesem Betrag entfallen 326 Mio. € (2010: 248 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet wurden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva wurden – wie bereits in den Vorjahren – auch im Geschäftsjahr 2011 gezielt abgebaut. Der Rückgang von 39,2 Mrd. € auf 38,0 Mrd. € ist auf den Abbau der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere auf 21,8 Mrd. € (2010: 25,4 Mrd. €) zurückzuführen, die den Schwerpunkt der Handelsaktiva bilden. Die positiven Marktwerte der zu Handelszwecken gehaltenen Derivate sind hingegen auf 9,1 Mrd. € (2010: 6,6 Mrd. €) gestiegen. Die Finanzanlagen, die zu 97 % aus Schuldverschreibungen bestehen, wurden um 1,1 Mrd. € auf 18,8 Mrd. € erhöht. Der Rückgang der Eigenkapitalinstrumente (Aktien

und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, verbundene Unternehmen und Beteiligungen) von 0,8 Mrd. € auf 0,6 Mrd. € ist auf die Veräußerung der indirekt gehaltenen Anteile an der DekaBank zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bewegen sich mit 31,5 Mrd. € auf Vorjahresniveau. Auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen entfallen 2,6 Mrd. € (2010: 2,2 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden mit 41,9 Mrd. € (2010: 40,9 Mrd. €) ausgewiesen. Hier konnten die Einlagen von Privatkunden und öffentlichen Stellen gesteigert werden. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen 13,8 Mrd. € (2010: 13,4 Mrd. €) auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen betragen wie im Vorjahr 3,3 Mrd. €.

Die verbrieften Verbindlichkeiten haben sich um 3,1 Mrd. € auf 37,2 Mrd. € vermindert. Insbesondere ungedeckte Schuldverschreibungen (25,9 Mrd. €; 2010: 28,8 Mrd. €) und Geldmarktpapiere (0,8 Mrd. €; 2010: 1,8 Mrd. €) haben sich zum Bilanzstichtag rückläufig entwickelt, während sich die Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen leicht erhöht hat (10,5 Mrd. €; 2010: 9,8 Mrd. €).

Der Rückgang der Handelspassiva von 38,5 Mrd. € im Vorjahr auf 37,2 Mrd. € ist auf den gesunkenen Refinanzierungsbedarf infolge des Abbaus der Handelsaktiva zurückzuführen. Dabei wurden insbesondere begebene Geldmarktpapiere von 8,4 Mrd. € auf 2,5 Mrd. € reduziert. Gegenläufig erhöhten sich die negativen Marktwerte der Derivate des Handelsbestandes (korrespondierend zu den positiven Marktwerten unter den Handelsaktiva) und die aufgenommenen Termingelder.

Das Nachrangkapital von 4,5 Mrd. € blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2011 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 5,5 Mrd. € (2010: 5,2 Mrd. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf dem Gesamtergebnis von 358 Mio. € (2010: 348 Mio. €). In den Gewinnrücklagen sind kumulierte erfolgsneutral erfasste versicherungsmathematische Gewinne aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von 19 Mio. € (2010: 58 Mio. €) enthalten. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes zurückzuführen. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern veränderte sich nur leicht von –91 Mio. € auf –88 Mio. €. Die Rücklage aus der Währungsumrechnung trägt mit 5 Mio. € (2010: 0 Mio. €) und die Rücklage aus Cashflow Hedges mit –19 Mio. € (2010: –13 Mio. €) zum Eigenkapital bei.

Engagement des Konzerns in anderen ausgewählten europäischen Staaten

In den nachfolgenden Tabellen ist das Engagement des Helaba-Konzerns gegenüber staatlichen Emittenten ausgewählter europäischer Staaten abgebildet, sofern diese nach IFRS zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanziert werden.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die unter den Handelsaktiva (Handelsbuch) sowie unter den Finanzanlagen (Bankbuch) ausgewiesenen Anleihen:

in Mio. €

	Griechenland		Italien		Irland	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Bankbuch						
Nominalbetrag gesamt	86	86	161	79	-	-
bis drei Monate	-	-	3	-	-	-
mehr als drei Monate bis ein Jahr	37	-	5	-	-	-
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	19	56	153	79	-	-
mehr als fünf Jahre	30	30	-	-	-	-
Fair Value	25	65	156	93	-	-
Handelsbuch						
Nominalbetrag gesamt	-	-	115	140	-	-
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-	-	107	132	-	-
mehr als fünf Jahre	-	-	8	8	-	-
Fair Value	-	-	111	142	-	-

in Mio. €

	Portugal		Spanien		Gesamt	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Bankbuch						
Nominalbetrag gesamt	10	20	30	-	287	185
bis drei Monate	-	-	-	-	3	-
mehr als drei Monate bis ein Jahr	-	-	-	-	42	-
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10	20	30	-	212	155
mehr als fünf Jahre	-	-	-	-	30	30
Fair Value	9	10	31	-	221	168
Handelsbuch						
Nominalbetrag gesamt	56	54	401	230	572	424
mehr als drei Monate bis ein Jahr	53	-	238	-	291	-
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3	51	84	151	194	334
mehr als fünf Jahre	-	3	79	79	87	90
Fair Value	50	51	387	216	548	409

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die unter den Handelsaktiva (Handelsbuch) sowie unter den Finanzanlagen (Bankbuch) ausgewiesenen Kreditderivate:

in Mio. €

	Griechenland		Italien		Irland	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Bankbuch						
Nominalbetrag	-	-	39	151	-	-
Fair Value	-	-	-6	-9	-	-
Handelsbuch						
Nominalbetrag	-	-3	-	24	39	20
Fair Value	-	-	-	-2	-5	-2

in Mio. €

	Portugal		Spanien		Gesamt	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Bankbuch						
Nominalbetrag	4	4	58	112	101	267
Fair Value	1	-	-14	-20	-19	-29
Handelsbuch						
Nominalbetrag	-	-2	-	-3	39	36
Fair Value	-	-	-	1	-5	-3

Darüber hinaus werden unter den Forderungen an Kunden Kreditengagements mit Spanien über 1.209 Mio. € (2010: 1.402 Mio. €) ausgewiesen. Davon sind 1.175 Mio. € (2010: 1.363 Mio. €) zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Der Helaba-Konzern hat die griechischen Staatsanleihen mit einem Nominalvolumen von 86 Mio. € um 58 Mio. € auf den beizulegenden Zeitwert zum Bilanzstichtag von 25 Mio. € abgeschrieben. Die Anleihen sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) kategorisiert.

Bei griechischen Banken besteht darüber hinaus eine zum Stichtag nicht in Anspruch genommene Kreditlinie von 6 Mio. € (2010: 15 Mio. €).

Ein indirektes Griechenland-Risiko besteht durch Anleihen von britischen Tochtergesellschaften griechischer Banken, von denen sich nominal insgesamt 52 Mio. € mit einem beizulegenden Zeitwert von 43 Mio. € im Bestand befinden. Davon werden nominal 47 Mio. € mit einem beizulegenden Zeitwert von 39 Mio. € aufgrund der Zuordnung zum Handel erfolgswirksam bewertet. 5 Mio. € sind der Kategorie AfS zugeordnet. Hier wurde eine Abschreibung von 1 Mio. € vorgenommen.

Verbriefungs-transaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forum wird im Folgenden über das Engagement der Helaba im Verbriefungsgeschäft berichtet. Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in OPUSALPHA ein ABS-Portfolio, das nach IAS 27/SIC 12 konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Darüber hinaus haben die Helaba und Tochtergesellschaften der Helaba auch direkt in ABS-Wertpapiere investiert.

Zum 31. Dezember 2011 gliedert sich das gesamte Engagement in ABS-Wertpapieren des Konzerns nach Produktarten und Rating-Klassen wie folgt:

31.12.2011	Buchwert in Mio. €	Volumina nach Rating-Klassen					BB und geringer
		AAA	AA	A	BBB		
RMBS	403	31,8 %	34,1 %	29,1 %	2,5 %	2,5 %	
CMBS	288	–	49,4 %	30,8 %	19,8 %	–	
CDO/CLO	345	10,0 %	23,4 %	40,1 %	13,2 %	13,3 %	
Sonstige ABS	62	36,2 %	11,4 %	34,9 %	7,1 %	10,4 %	
ABS gesamt	1.098	16,9 %	33,5 %	33,3 %	10,6 %	5,7 %	

Nachfolgend die entsprechende Gliederung zum 31. Dezember 2010:

31.12.2010	Buchwert in Mio. €	Volumina nach Rating-Klassen					BB und geringer
		AAA	AA	A	BBB		
RMBS	559	57,6 %	30,1 %	9,6 %	2,4 %	0,3 %	
CMBS	366	6,7 %	51,9 %	24,9 %	15,7 %	0,8 %	
CDO/CLO	568	26,6 %	15,9 %	42,0 %	6,3 %	9,2 %	
Sonstige ABS	158	43,5 %	12,7 %	13,4 %	30,4 %	–	
ABS gesamt	1.651	34,4 %	28,3 %	24,5 %	9,4 %	3,4 %	

Die ABS-Wertpapiere waren bis zum 30. Juni 2008 zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Handelsaktiva beziehungsweise den Finanzanlagen ausgewiesen. Anschließend wurden diese Wertpapiere weitgehend umgegliedert und sind zum Bilanzstichtag unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Nähere Erläuterungen sind in Anhangangabe (66) enthalten.

Im Rahmen von Verbriefungs-transaktionen werden Liquiditätslinien ausgereicht, die zum Teil in Anspruch genommen sind. Zum 31. Dezember 2011 bestehen für fremde Verbriefungs-plattformen Liquiditätslinien in Höhe von 0,1 Mrd. € (2010: 0,2 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2011 0,1 Mrd. € (2010: 0,1 Mrd. €) in Anspruch genommen. Die für OPUSALPHA bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 1,4 Mrd. € (2010: 1,2 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2011 1,2 Mrd. € (2010: 1,0 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Chancen- und Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken und die Ziele der Risikosteuerung sowie die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Konzernunternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Risikostrategie des Helaba-Konzerns ist abgeleitet aus der Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns. Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet gleichzeitig den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgefeilte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochtergesellschaften werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzerngesellschaften unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein konzernweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften (Compliance) von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass dies eingehalten wird und bestehende beziehungsweise mögliche Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt werden.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Auflagen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die Helaba meldet das regulatorische Kapital seit 2007 nach den Regelungen des Foundation-IRB-Ansatzes.

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängt von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit der Helaba. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba-Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalles oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern (klassisches Kreditgeschäft), Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Waren und Dienstleistungen). Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Credit-Spread-Risiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.

Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko (Residualrisikoart) als wirtschaftliches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswertes, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.

- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegmentes zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Credit-Spread-Risiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und Auslagerungsrisiken ein.

- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann.
- Unter dem Immobilienrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgt in der Helaba von den risikouberwachenden Bereichen gemäß ihrer Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Für Risikokonzentrationen aus Adressenausfallrisiken wird, zusätzlich zur Limitsteuerung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Kapitalpuffer bereitgehalten. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung des risikoartenübergreifenden Stressszenarios der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung der einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Diese umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Zielsetzung sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken im Helaba-Konzern, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlementrisiken sowie für Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstandes beziehungsweise des Verwaltungsrates oder eines seiner

Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Einbeziehung von Konzerngesellschaften in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Gesellschaften bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Wird die Auswirkung der Risikopotenziale einer gruppenangehörigen Gesellschaft für eine Risikoart auf Gruppenebene als wesentlich eingestuft, ist die gruppenangehörige Gesellschaft in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden.

Des Weiteren hat die gruppenangehörige Gesellschaft für ihre eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten.

Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Die wesentlichen Risikoarten aus dem Bankgeschäft, das heißt Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, werden für den engen Konzernkreis des Einzelinstitutes und der Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG zentral überwacht. Zentral überwacht werden auch Immobilienrisiken, die vorwiegend bei den Tochtergesellschaften OFB und GWH, aber auch bei anderen immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen und im Einzelinstitut auftreten. Ebenso sind neben dem Einzelinstitut die wesentlichen Tochtergesellschaften in das zentrale Risikomanagementsystem für operationelle Risiken und Geschäftsrisiken integriert.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und -steuerung einschließlich Marktfolge Kredit ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiken	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling (Portfolioebene), Marktfolge Kredit (Einzelengagementebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (residuales Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiken	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Liquiditätsrisiken	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Operationelle Risiken	Alle Bereiche	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling, Recht (rechtliche Risiken)
Geschäftsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling, Risikocontrolling Handel
Immobilienrisiken	Immobilienmanagement, Tochtergesellschaften	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei.

Interne Revision

Die interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichtsausfertigung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der internen Revision.

Kapitalmarkt-Compliance, Geldwäsche, Betrugsbekämpfung und Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Datenschutz- und der Konzerngeldwäschebeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt ist zuständig für die Bewertung der Risiken aus der Verletzung von aufsichtsrechtlichen Marktschutz- und Wohlverhaltensregeln (Compliance-Risiko). Dabei

- überwacht sie insbesondere Insiderinformationen und Wohlverhaltensregeln,
- identifiziert und regelt sie konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen insbesondere nach dem Wertpapierhandelsgesetz und Investitionsgesetz,
- bewertet sie die Compliance-Risiken der kapitalmarktrelevanten Geschäftsprozesse und
- unterstützt sie die Fachbereiche durch dauerhafte und zeitnahe Beratung bei der Minimierung dieser Risiken.

Die Konzerngeldwäschebeauftragte, die auch für die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und als Koordinationsstelle für die Betrugsbekämpfung zuständig ist, entwickelt interne Grundsätze, angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt und den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entspricht. Mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen.

Die Datenschutzbeauftragte überwacht die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken, insbesondere auch der Reputationsrisiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Vor dem Hintergrund der am 15. Dezember 2010 von der BaFin veröffentlichten MaRisk-Novellierung ist die Risikotragfähigkeitskonzeption der Helaba weiterentwickelt worden.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Immobilien- sowie Geschäftsrisiken ein. Dabei werden für die Risikoarten mittlere Verlustrisiken und ein interner Kapitalbedarf im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung von Kern- und Gesamtkapital Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als Ergebnisgröße ausgewiesen.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stressszenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch going-concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch gone-concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten Verlusten eingehalten werden können. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im unwahrscheinlichen Fall schlagend werdender unerwarteter Verluste das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden den mittleren Verlustrisiken der Risikotragfähigkeitsrechnung unterschiedliche Deckungsmassen in einem zweistufigen Schema gegenübergestellt. Die Risikodeckungsmasse I geht von einem nachhaltigen Ergebnis bezogen auf einen Zeitraum von einem Jahr aus. Die Risikodeckungsmasse II besteht aus dem Aufwand zur Bedienung der nicht gehärteten stillen Einlagen sowie aus Reserven mit Vorsorgecharakter. Dabei werden auch unterjährige Veränderungen der Risikovorsorge berücksichtigt. Die mittleren Verlustrisiken des Basisszenarios werden dem nachhaltigen Betriebsergebnis (Risikodeckungsmasse I) gegenübergestellt. In den Stressbetrachtungen wird zusätzlich die Risikodeckungsmasse II zur Abdeckung der Risiken herangezogen. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Unternehmensbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen von Gesamt- und Kernkapitalquote. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollauslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt.

Im Liquidationsansatz wird eine auf dem IFRS-Rechnungslegungswerk basierende ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfes herangezogen. Komponenten sind das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmassenkomponente angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2011 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes kann die Abdeckung der mittleren Verlustrisiken komplett durch das nachhaltige Betriebsergebnis erfolgen, es besteht ein zusätzlicher Puffer in Höhe von 0,3 Mrd. €. Im Liquidationsansatz besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 6,0 Mrd. €.

Zum Stichtag 31. Dezember 2011 beträgt im Helaba-Konzern die regulatorische Gesamtkapitalquote 15,3% (2010: 14,4%) und die Kernkapitalquote 10,1% (2010: 9,6%). Auch bei einem simulierten Eintritt der Stress-Szenarien liegen die von der Helaba erreichten Kapitalquoten deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von besonderen Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) und die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt. Seit Ende 2011 gehört zudem die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen an.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des SGVHT als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5% der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute und beträgt Ende 2011 520 Mio. €. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der SGVHT die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrages zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht zudem unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfeldes als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die MaRisk verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kreditportfoliosteuerung sukzessive weiterentwickelt. Darüber hinaus wird der Umgang mit Adressenausfallrisiken durch detaillierte portfoliospezifische Lending Policies und unterjährige Risikobegrenzungsstrategien geregelt.

Basel II

Mit der Regelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung (Säule 1 von Basel II/EU Capital Requirements Directive) wurden im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und parallel in der EU weitreichende Bankregulierungsvorschriften eingeführt, die mit der SolvV in Deutschland umgesetzt worden sind. Im Rahmen der Umsetzung von Basel III (CRD IV) sind neue regulatorische Anforderungen zu erfüllen. Die neuen Anforderungen werden erstmals in einer EU-Verordnung (Capital Requirements Regulation) umgesetzt. Aktuell wendet die Helaba den Basisansatz für interne Ratings gemäß Basel II/SolvV an. Es ist beabsichtigt, mittelfristig auf den fortgeschrittenen Ansatz für interne Ratings zu wechseln.

Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risikodatenpool sind die Regelungen nach Basel II/SolvV in den Verfahren und Systemen der Helaba integriert.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

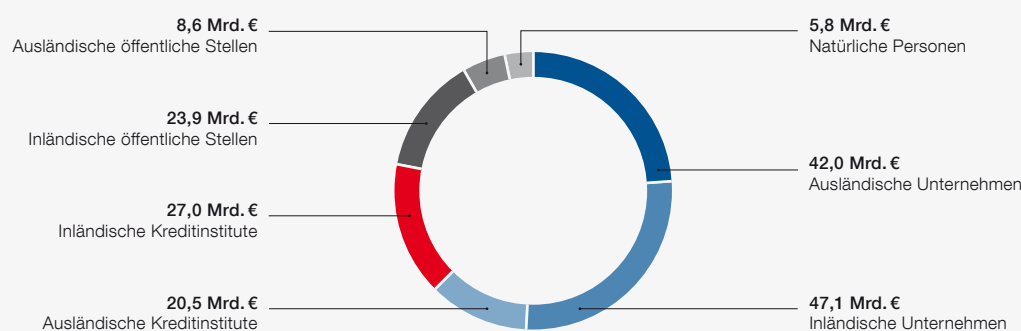
Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzern-Ebene erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß §19 Abs. 1 KWG, sowohl aus Handels- als auch aus Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlementrisiken angerechnet.

Die bewilligten Gesamtlime werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Unternehmensbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2011, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG) in Höhe von 174,9 Mrd. €, aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (enger Konzernkreis)

(Grafik 1)



Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter den „sonstigen wirtschaftlichen Risiken“ Sekundärrisiken, zum Beispiel aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien, beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2011 in den Branchen Kreditgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie öffentliche Stellen.

Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Helaba verfügt über gemeinsam mit dem DSGV (nationale Immobilienfinanzierungen und Firmenkunden) beziehungsweise anderen Landesbanken (internationale Immobilienfinanzierungen, Projekt-, Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen, Leveraged-Finance-Transaktionen, Leasingfinanzierungen, Banken, Versicherungen, Corporates, Länder- und Transferrisiken, Fondsfinanzierungen

sowie internationale Gebietskörperschaften) entwickelte interne Rating-Systeme. Daneben wurden für Verbriefungen von Darlehens- und Handelsforderungen, Finanzierungen von kommunalnahen Unternehmen in den USA sowie für Commodity-Trade-Transaktionen eigene Verfahren entwickelt. In allen Rating-Verfahren werden die Kreditnehmer beziehungsweise Transaktionen einer Rating-Klasse zugeordnet, der über eine einheitliche 25-stufige Skala eine 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zugewiesen wird (Ausfall-Rating).

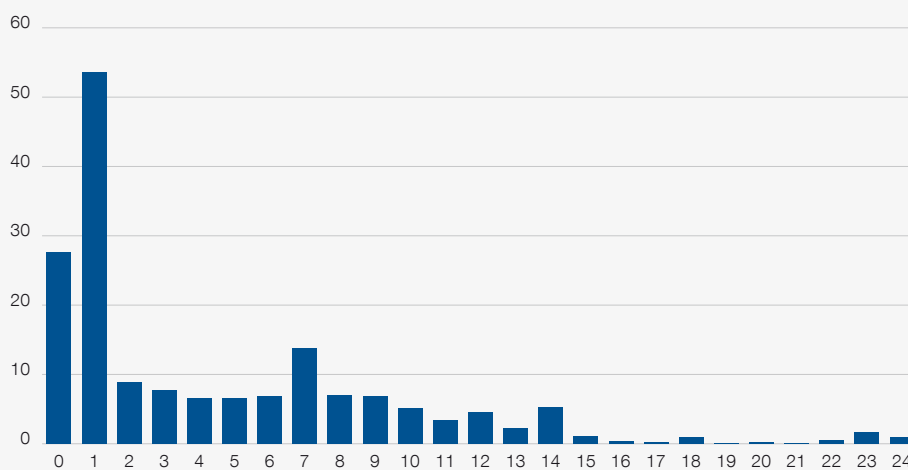
Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäftes ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäftes (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Helaba hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehaltes von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss, EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG) teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 174,9 Mrd. € nach Risiko-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)

(Grafik 2)

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeinen Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risikodatenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung. Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2011 belief sich auf weniger als das Dreifache der haftenden Eigenmittel.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme der Länder der Eurozone (bis auf Griechenland, Malta, Portugal, Irland, Zypern, Slowenien, Estland und Slowakei) und weiterer insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der Abteilung Volkswirtschaft/Research im Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf der Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimitausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Marktfolge Kredit das Zweitvotum als abschließenden Limitvorschlag für den Vorstand abgibt. Der Vorstand setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und De-

visenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Das Länderrisiko im engen Konzernkreis in Höhe von 48,3 Mrd. € (2010: 53,9 Mrd. €) konzentriert sich regional vorwiegend auf Europa (81,6 %) und Nordamerika (15,7 %). Es ist per 31. Dezember 2011 zu 92,4 % (2010: 92,7 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 6,4 % (2010: 6,2 %) werden in den Rating-Klassen 2–9 generiert. Lediglich 0,1 % (2010: 0,1 %) ist mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Die Zuordnung der einzelnen Länderrisikopositionen erfolgt grundsätzlich nach dem Domizilprinzip. Allerdings wird dieses Prinzip, das auf das Sitzland des Kreditnehmers abstellt, aus wirtschaftlichen Gründen modifiziert. Unter bestimmten Voraussetzungen wird das Risiko auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen.

Bewilligungsverfahren

Das Bewilligungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrates beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend der MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den Bereich Marktfolge Kredit.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung von erwarteten und unerwarteten Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risikodatenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des EL einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener LGDs. Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stresssituationen aufzuzeigen.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäftes sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wichtigkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkataloges (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstandes und den Verwaltungsrat-Kreditausschuss berichtet.

Der Gesamtbuchwert des Beteiligungsportfolios hat sich 2011, vor allem durch eine Kapitalrückzahlung einer Zwischenholding im Zusammenhang mit der Veräußerung der Anteile der DekaBank sowie durch Veräußerung eines Anteiles an einem börsennotierten Unternehmen des Finanzsektors, wesentlich reduziert.

Die turnusmäßige Werthaltigkeitsprüfung des Beteiligungsportfolios führte in Einzelfällen zur Anpassung des Beteiligungsbuchwertes.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für deren effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis einer Risikoinventur werden in Abhängigkeit der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen.

Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG sowie die Tochtergesellschaft Helaba Dublin. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Die Bank betreibt im Rahmen ihrer Handelstätigkeit als wesentliche Handelsformen Kundenhandel und Eigenhandel. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut sowie Tochtergesellschaft Helaba Dublin) liegt in der Verantwortung des Bereiches Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung des Bankbuches, das sich in erster Linie aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie strategischen Positionsnahmen und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammensetzt. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrates eingebunden. Dieser genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Vorstand über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereiches Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme trägt wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den Ausschuss „Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produktes setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchent-

lich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken und seit Jahresende 2011 durch die Betrachtung von inkrementellen Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraumes von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der insgesamt eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2011 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 78 % (2010: 74 %) auf Positionen in Euro und 16 % (2010: 16 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischen Yen und Britischen Pfund.

Konzern-MaR nach Risikoarten

(Grafik 3)

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Gesamt	65,6	65,6	57,2	57,3	1,2	0,9	7,2	7,4
Handelsbuch	19,4	16,9	17,9	16,1	1,2	0,4	0,3	0,4
Bankbuch	57,6	60,8	50,2	52,5	0,2	1,0	7,2	7,3

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere ist insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen vorteilhaft. Nicht lineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der Risikomesssysteme sowie der zugehörigen Schnittstellen gewährleistet eine permanent hohe Qualität der Risikomessung. Auch eine intensive Marktdatenpflege sowie die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Internes Modell gemäß Solvabilitätsverordnung

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfes für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap-, Government- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich ratingabhängige Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstages und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) für das Geschäftsjahr 2011 dargestellt. Im Gesamtjahr 2011 betrug das durchschnittliche MaR 20,2 Mio. € (2010: 20,0 Mio. €), der maximale Wert 26,5 Mio. € (2010: 26,5 Mio. €) und der minimale Wert 15,9 Mio. € (2010: 13,1 Mio. €).

Tägliches MaR des Handelsbuches im Geschäftsjahr 2011

(Grafik 4)



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft in Dublin, die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2011

(Grafik 5)

o MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Zinsänderungsrisiko	18,7	20,3	18,9	19,1	18,3	16,5	19,2	14,8	18,8	17,5
Währungsrisiko	1,2	0,7	1,0	0,6	0,6	1,0	0,8	1,0	0,9	0,9
Aktienrisiko	0,4	3,0	0,7	1,6	0,7	0,9	0,5	0,8	0,6	1,6
Gesamtrisiko	20,3	24,0	20,6	21,3	19,6	18,4	20,5	16,6	20,2	20,0

Anzahl der Handelstage: 253 (2010: 253)

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0,1 Mio. € (2010: 0,1 Mio. €). Das durchschnittliche MaR des Handelsbuches der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0,9 Mio. € (2010: 0,6 Mio. €).

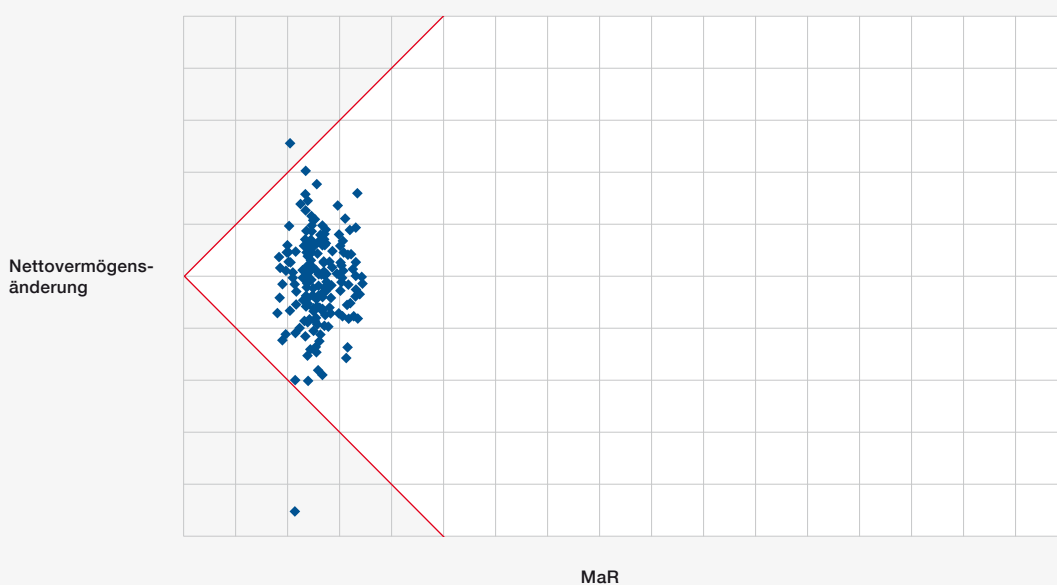
Backtesting

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Risikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 6 ist das Backtesting für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2011 dargestellt. Es trat ein negativer Ausreißer auf, eine positive Überschreitung wurde beobachtet.

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2011

(Grafik 6)



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2011 zwei negative Ausreißer auf. Ursächlich für diese Ausreißer sind vor allem die Euro- und US-Schuldenkrise und die damit verbundenen heftigen Ausschläge der Marktparameter. Mit zwei Ausreißern ist die Prognosegüte des Modells nicht beeinträchtigt.

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposure (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spreadänderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren beteiligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des FSAP (Financial Sector Assessment Program) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Seit Jahresende 2011 wird gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2011 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 240,5 Mio. € führen (2010: 77,4 Mio. € nach der damals gültigen Methodik für einen Zinsanstieg um 130 Basispunkte). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 227,9 Mio. € und auf Fremdwährungen 12,6 Mio. €. Die Untersuchungen eines Zinsschockes führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolges einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba erste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2011 jederzeit vollumfänglich gesichert.

Für 2012 wird die Ausrichtung des Liquiditätsmanagements in Bezug auf die Erfüllung der neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben aus Basel III/CRD IV fortgesetzt. Hierfür wird der Aufbau des für die

Erfüllung der kurzfristigen Liquiditätsanforderungen nach Basel III/CRD IV notwendigen hochliquiden Wertpapierbestandes (Liquiditätspuffer) weitergeführt.

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewandten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäftes unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch die Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Als zweites Institut in Deutschland hat die Helaba im Februar 2011 die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß §10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin erhalten. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2011 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 20 % (2010: 40 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 33 % (2010: 52 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2011 bei 32 % (2010: 41 %).

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Papers) und Lombardfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Parallel zur internen Steuerung der kurzfristigen Liquidität hat die Bank ein Projekt zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III/CRD IV an die kurzfristige Liquidität aufgesetzt. Angestrebt wird eine automatisierte Ermittlung der LCR im Rahmen des kurzfristigen Liquiditätsmanagements.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,2 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Anstieg um 0,2 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr, der durch selektiv vergebene neue Liquiditätszusagen begründet ist. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag unverändert zum Jahresende 2010 kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäftes der Helaba. Dieses umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestandes sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung erfolgt durch den Bereich Risikocontrolling Handel. Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung von mittel- und langfristigen Passivmitteln sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Schnittstellen zum Geldhandel ergeben sich, wenn Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt werden.

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit dem Basler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Einflüssen eintreten“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management von operationellen Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Fachbereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbandes öffentlicher Banken (VÖB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit sind die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeits-

kreis wurde mit anderen Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement von operationellen Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung von operationellen Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken erfolgt auf Basis des Helaba-Risikomodells. Das Helaba-Risikomodell basiert ausschließlich auf den Basler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

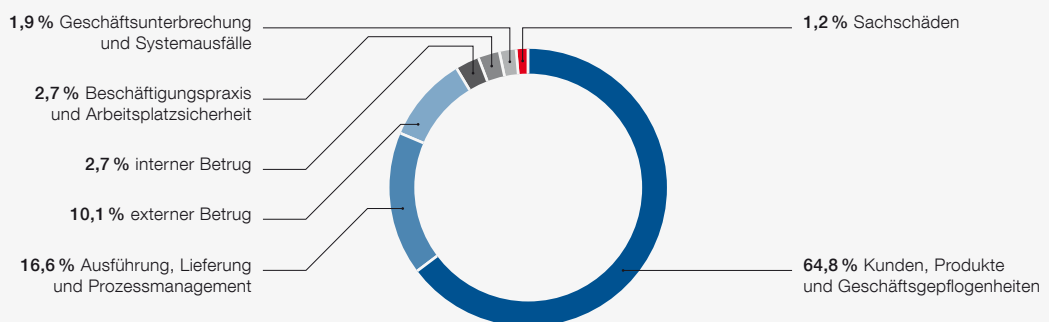
Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Fachbereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2011:

Erwarteter Verlust per 31.12.2011 nach Verlustereignissen
(Grafik 7)



Der erwartete Verlust betrug per 31. Dezember 2011 27,2 Mio. €.

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Zumeldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung von operationellen Risiken für die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung gemäß der SolvV erfolgt nach dem Standardansatz. Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung auf Basis der erhobenen Schadensfalldaten sowie der quantitativen Risikoeinschätzung der Fachbereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Bankorganisation unterstützt.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereiches Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Nach dem Grundverständnis der Bank werden wesentliche Vorhaben von rechtlicher Relevanz mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereiches Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht; je nach Fachgebiet existieren auch dazu allgemeine Vorgaben, verbunden mit einer Pflicht zur Abstimmung in zweifelhaften und grundlegenden Fällen.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo solche Erklärungen von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt auch für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen. Die interne Berichterstattung des Bereiches Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch die Mitwirkung an Vorstandsvorlagen, Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Auslagerungsrisiken

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Fachbereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Auslagerungsrisiken die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

IT-Sicherheit und Business Continuity Management

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein aufsichtsrechtlich angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Um das Niveau der IT-Sicherheit kontinuierlich zu verbessern, werden durch ein IT-Security-Audit rechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit regelmäßig an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebes verbindlich einzuhaltende IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards haben das Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und umgesetzt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche und Niederlassungen der Helaba haben für die kritischen Geschäftsprozesse im Rahmen der Notfallvorsorge Ausfall- und Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Notfallvorsorge wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt sowie die Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebes bei Geschäftsunterbrechungen wird hierdurch sichergestellt.

Für den an die Finanz Informatik Technologie Service ausgelagerten Rechenzentrumsbetrieb bestehen – auch dezentrale Systeme betreffende – Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebes beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba und der Finanz Informatik Technologie Service getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligte am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einerseits einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne. Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird andererseits aus den Abschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereiches Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine offene Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung von GOB/GOBS gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres in sich auf Plausibilität geprüft, daneben werden die Abschlusszahlen mit Planungen und mit Erwartungen sowie mit Hochrechnungen auf Basis des Ge-

schäftsverlaufes abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach der Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Geschäftsrisiko

Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann.

Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Die Bereiche Kreditrisiko- und Konzerncontrolling sowie Risikocontrolling Handel analysieren die Entwicklung der Geschäftsrisiken und übernehmen die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstandes.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Soweit Steuern in dezentralen Einheiten betreut werden, finden die wesentlichen steuerlichen Fragen und Entwicklungen Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden durch die Verantwortlichen laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und ihre Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit der Steuerabteilung eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Immobilienrisiken

Unter den Immobilienrisiken werden die Immobilienprojektierungsrisiken und die Immobilienbestandsrisiken zusammengefasst.

Unter das Immobilienprojektierungsrisiko werden die Risiken aus Projektentwicklungen von Immobilien gefasst, die sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken ergeben. Immobilienprojektierungsrisiken treten in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, im Rahmen des Bauträgergeschäftes) sowie in direkt oder mittelbar von der Hella gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Unter dem Immobilienbestandsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien erfasst. Risiken aus dem Projektgeschäft sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen fallen nicht unter das Immobilienbestandsrisiko.

Immobilienbestandsrisiken treten vorrangig in bankeigenen Immobilien der Helaba, in der GWH-Gruppe sowie in anderen Konzerngesellschaften auf. Hierbei wird der bilanzielle Konsolidierungskreis betrachtet.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf zwei Stufen:

- operativ – dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung,
- strategisch – zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement.

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement. Darüber hinaus übernimmt der Bereich Immobilienmanagement die Risikosteuerung bankeigener Bestandsimmobilien. Die Risikoüberwachung wird durch die Bereiche Immobilienmanagement (für Tochtergesellschaften) und Kreditrisiko- und Konzerncontrolling vorgenommen.

Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Projektierungsrisiken dient die quartalsweise erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben. Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Risiken aus Bestandsimmobilien dienen regelmäßig in Auftrag gegebene Wertgutachten zu den Bestandsimmobilien sowie die laufende Beobachtung von Wertänderungsrenditen in den relevanten Märkten, abgegrenzt nach Regionen und Nutzungsarten.

Der Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und aus den Bestandsimmobilien und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstandes. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

Die Risiken aus Immobilienprojekten sind 2011 zurückgegangen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Chancen eines veränderten Marktumfeldes

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank hat in den letzten Jahren die Belastungen aus der Finanz- und Wirtschafts- sowie der Schuldenkrise in der Eurozone aus eigener Kraft bewältigt. Auf der Grundlage der erzielten positiven Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie eine angemessene Dividendenzahlung auf das Stamm-

kapital vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung.

Mit Ratings von A1 (aktuell: under review for downgrade), A+ (stabiler Ausblick) und A (stabiler Ausblick) der Rating-Agenturen Moody's, Fitch und S&P für unbesicherte langfristige Verbindlichkeiten sowie mit P-1, F-1+ sowie A-1 für kurzfristige Verbindlichkeiten verfügt die Helaba auch nach der von den Rating-Agenturen im Jahr 2011 für Bank-Ratings vollzogenen Änderungen in der Rating-Methodik über eine gute Bonitätsbeurteilung. Die strategisch wichtigen verbrieften Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen weisen AAA-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren hatte die Helaba auch während der im letzten Jahr durch die Schuldenkrise in der Eurozone ausgelösten Vertrauenskrise an den Finanzmärkten den Zugang zu den Refinanzierungsmärkten und die Bank war nicht auf Refinanzierungsmittel der Notenbanken angewiesen.

In ihrer Eigenkapitalstrategie hat die Helaba frühzeitig ihre Ziele für die Eigenkapitalausstattung an die sich ab dem Jahr 2013 durch die Einführung von Basel III beziehungsweise der europarechtlichen Umsetzung im Rahmen der CRD IV aufsichtsrechtlich verändernden Rahmenbedingungen und Erwartungshaltungen im Markt angepasst. Im Rahmen von Basel III strebt die Helaba für die Kernkapitalquote konzernweit ein Mindestziel von 8,5 %–9 %, für die gesamte Eigenmittelquote von 13 % an. Mit einer Kernkapitalquote nach SolvV von 10,1 % und einer Gesamtkennziffer nach SolvV von 15,3 % zum Jahresende 2011 werden diese Zielwerte konzernweit deutlich übertroffen.

Auf der Grundlage von Beschlüssen des Europäischen Rates hat die Anfang des Jahres 2011 gegründete EBA im letzten Jahr mehrere Stresstests für systemrelevante Banken in der EU durchgeführt. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Schuldenkrise in der Eurozone sollte die Stabilität des europäischen Bankensektors getestet und die Vertrauensbildung an den Finanzmärkten gefördert werden. Unabhängig von den mit Basel III beziehungsweise CRD IV verfolgten Zeitplänen für die quantitative und qualitative Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung legte die EBA für die Stresstests einen Eigenkapitalbegriff zugrunde, der ausschließlich auf „hartes“ Kernkapital beziehungsweise CET 1-Kapital abstellte. Zudem wurde in der zweiten Jahreshälfte für die Stresstests eine Mindestquote für CET 1-Kapital von 9 % festgelegt, die von systemrelevanten EU-Banken temporär auch über den 30. Juni 2012 hinaus vorzuhalten ist.

Bei der Helaba hatten in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Eigenkapitalanforderungen (in Deutschland nach KWG beziehungsweise EU-rechtlich nach CRD II) stille Einlagen mit einem Gesamtvolumen von knapp 3,0 Mrd. € einen Anteil von über 50 % am aufsichtsrechtlich anerkannten Kernkapital. Hiervon entfiel ein Volumen von 1,92 Mrd. € auf zwei stille Einlagen des Landes Hessen. Stille Einlagen haften im Verlustfall vollständig und stehen der Bank zeitlich unbefristet zur Verfügung. Bezogen auf die von Basel III beziehungsweise CRD IV für die Anerkennung als CET 1-Kapital gestellten 14 Anforderungskriterien bestand lediglich Anpassungsbedarf bei den beiden Kriterien „keine feste Vergütung“ und „Gleichrangigkeit mit Stammkapital im Liquidationsfall“. Obwohl die Träger der Helaba frühzeitig öffentlich und verbindlich die Bereitschaft zur Wandlung der stillen

Einlagen des Landes Hessen in CET 1-Kapital erklärt hatten, wurden diese Einlagen bei den Stress-tests der EBA nicht berücksichtigt. Formal stellte die EBA zum Stichtag 30. September 2011 für die Helaba deshalb bezogen auf eine CET 1-Kapitalquote von 9 % einen Rekapitalisierungsbedarf in Höhe von 1,5 Mrd. € fest. Darin bereits enthalten ist der EBA Sovereign Buffer für Staatsengagements. Zur Begrenzung möglicher Reputationsschäden für die Helaba und zur Vermeidung von Zweifeln von Investoren an der strategischen Risikostabilität der Bank wurde die Behandlung der stillen Einlagen des Landes Hessen im Rahmen der EBA-Stresstests proaktiv breit öffentlich durch die Helaba kommuniziert. Die Stresstestergebnisse blieben deshalb ohne nennenswerte Auswirkungen auf die Refinanzierungsbasis der Bank.

Die bisherigen „stillen Einlagen“ des Landes Hessen in der Helaba im Gesamtvolumen von 1,92 Mrd. € wurden zum 30. Dezember 2011 rechtswirksam in Kapitaleinlagen überführt. Diese Kapitaleinlagen stellen vollumfänglich CET 1-Kapital dar. Damit hat die Helaba ihre Kapitalbasis frühzeitig an die Eigenkapitalanforderungen nach Basel III beziehungsweise CRD IV angepasst.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Euro-Schuldenkrise sowie die verschärften aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute den Druck auf die Überprüfung und Anpassung der Geschäftsmodelle deutlich verstärkt. Hinzu kommen bei denjenigen Banken, die zur wirtschaftlichen Stabilisierung staatliche Beihilfen in Anspruch nehmen mussten, die Pflichten zur Umsetzung von Auflagen der EU-Kommission. Diese führen zu einem Abbau beziehungsweise der Einstellung von Geschäftsaktivitäten und Veräußerungen von Beteiligungsunternehmen. Im Zuge der im Jahr 2011 von der EBA durchgeführten Stresstests sind bei systemrelevanten Kreditinstituten die Anforderungen an die Ausstattung von hartem Kernkapital kräftig gestiegen. Zu deren Erfüllung sind bei zahlreichen Kreditinstituten Rekapitalisierungsmaßnahmen eingeleitet worden, die nachhaltig deren Marktposition beeinflussen werden.

Die 2011 von den führenden Rating-Agenturen vorgenommenen Veränderungen in der Rating-Methodik haben in der deutschen Kreditwirtschaft zu zahlreichen Rating-Herabstufungen geführt, die die Beschaffungsmöglichkeiten an den nationalen und insbesondere den internationalen Refinanzierungsmärkten negativ beeinflussen. Die Kombination von höheren Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungskosten sowie den Belastungen aus der deutschen Bankenabgabe führt zu einer dauerhaften Absenkung der Rentabilität des Bankensektors. Hierdurch ergeben sich strukturelle Veränderungen und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch strategische Chancen eröffnen.

Die WestLB als drittgrößte deutsche Landesbank muss im Rahmen EU-beihilferechtlicher Maßnahmen bis zum 30. Juni 2012 aufgespalten werden. Das Geschäft mit den Sparkassen und ihren Kunden wird in einer Verbundbank („NRW-Verbundbank“) separiert und ausgegliedert. Vermögenswerte, die nicht in die Verbundbank übertragen werden und nicht bis zum 30. Juni 2012 an Dritte veräußert worden sind, müssen auf die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) übertragen werden. Die deutsche Sparkassenorganisation hat sich gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission verpflichtet, die Verantwortung für die NRW-Verbundbank entweder im Rahmen einer rechtlichen Verselbstständigung oder über die „Andockung“ an eine andere Landesbank zu übernehmen.

Die Trägerversammlung der Helaba hat am 12. Dezember 2011 auf Basis der Ergebnisse einer Due-Diligence-Prüfung der NRW-Verbundbank eine Absichtserklärung zur Integration der NRW-Verbundbank beschlossen und den Vorstand mit der Aufnahme konkreter Verhandlungen mit der WestLB beauftragt. Die Übernahme der NRW-Verbundbank-Funktion bietet der Helaba die Chance, ihre Verankerung in der Sparkassenorganisation weiter zu vertiefen, ihr Geschäftsmodell als integrierte Universalbank zu stärken und sich als Verbundbank für bundesweit über 40 % aller Sparkassen zu einer führenden Sparkassenzentralbank weiterzuentwickeln.

Unabhängig hiervon ist die Helaba für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des regionalen und überregionalen Verbundgeschäftes, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der mit der strategischen Planung 2011–2015 fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie ist unter Berücksichtigung der mit Basel III/CRD IV steigenden Kapital- und Liquiditätskosten sowie aus der deutschen Bankenabgabe resultierenden Belastungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Nachtragsbericht

Für den Fall, dass die im Verlauf des Jahres 2012 aus der finalen Restrukturierung der WestLB auszugliedernde NRW-Verbundbank in die Helaba integriert wird, beabsichtigen die beiden nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände sich an der Bank zu beteiligen und hartes Kernkapital von 500 Mio. € einzubringen. Für diesen Fall haben die zuständigen Gremien des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes eine Beteiligung an der finalen Restrukturierung der WestLB in Höhe von 500 Mio. € hartem Kernkapital in einmaliger Aufteilung der Kapitalbeiträge von 50 : 50 zwischen Sparkassen und Landesbanken beschlossen. Die Ausgestaltung der Kapitalisierung und die Höhe der Beteiligung an der Helaba sind noch in Verhandlungen zu konkretisieren.

Die Helaba hat an dem griechischen Anleiheumtausch freiwillig teilgenommen. Dabei wurde auf 53,5 % des Nominalvolumens verzichtet. Die Abschreibung zum 31. Dezember 2011 erfolgte auf die zum Bilanzstichtag beobachtbaren Marktkurse (Durchschnittskurs ca. 30 %). Auf Basis der Kurs-

feststellung zum Zugangszeitpunkt der umgetauschten Anleihe betrug der Durchschnittskurs bezogen auf den ursprünglichen Nominalwert 22,4 %. Hieraus ergibt sich ein zusätzlicher Wertberichtigungsbedarf von 5 Mio. €.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das globale Wirtschaftswachstum dürfte 2012 mit rund 3,5 % in etwa die Vorjahresrate erreichen. Der Motor der Weltkonjunktur sind weiterhin die Schwellenländer. Die Länder ohne größere Strukturprobleme schwanken dabei um ihren mittelfristigen Wachstumstrend. Zu diesen zählen China und die übrigen Schwellenländer. Im Jahresverlauf zeichnet sich für die Weltwirtschaft insgesamt sogar eine wieder anziehende konjunkturelle Dynamik ab: Einerseits verlässt die Geldpolitik in den Schwellenländern ihren restriktiven Kurs und schwenkt wieder vermehrt auf Expansion um. Andererseits wird der Konsolidierungsdruck in den europäischen Problemländern zwar hoch bleiben, aber die bereits erfolgten Restrukturierungen erbringen erste Impulse.

Die Konsolidierung und Strukturreformen in der Eurozone werden 2012 fortgesetzt und führen zu deutlich sinkenden Budgetdefiziten. Im internationalen Vergleich ist der Euroraum damit im Restrukturierungsprozess wesentlich weiter fortgeschritten als die USA. Da inzwischen auch Italien mit der Konsolidierung begonnen hat, dürfte die Eurozone (ohne Deutschland) zum Jahreswechsel in eine milde Rezession gefallen sein. Auch die deutsche Wirtschaft legt im Winterhalbjahr eine Verschnaufpause ein, bevor die Konjunktur spätestens in der zweiten Jahreshälfte wieder an Fahrt aufnimmt. Dies signalisieren die jüngsten Frühindikatoren. Deutschland steht aber mit einem Wirtschaftswachstum von gut 1 % innerhalb der Eurozone an der Spitze. Dabei steht das deutsche Wachstum auf breiter Basis. Exporte und Ausrüstungen bleiben wichtige konjunkturelle Treiber, auch wenn sie im Vergleich zum Vorjahr nur moderat zunehmen. Dieser Anstieg erfolgt jedoch von sehr hohem Niveau. Die weiterhin günstige Lage am deutschen Arbeitsmarkt kommt dem privaten Konsum zugute. Auch die Bauinvestitionen werden 2012 einen Wachstumsbeitrag leisten. Mit einem Budgetdefizit von weniger als 1 % des BIP ist auch ein negativer Wachstumsbeitrag von staatlicher Seite wenig wahrscheinlich.

Die Zinsen bleiben 2012 auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die EZB dürfte den Leitzins bei 1 % fixieren, und auch die US-Notenbank wird keine Zinserhöhung durchführen. Wenn sich im Jahresverlauf die Konjunktur wieder erholt und die Euro-Schuldenkrise entspannt, ist allerdings mit steigenden Kapitalmarktzinsen zu rechnen. Der Verbraucherpreisanstieg bleibt in Deutschland moderat. Erst auf mittlere Frist wird die Inflations- und Zinsentwicklung davon abhängen, ob den führenden Notenbanken der Ausstieg aus der extrem expansiven Geldpolitik gelingt.

Für das Jahr 2013 zeichnet sich für die Eurozone eine Wachstumsbeschleunigung ab. Dagegen dürfte in den USA nach den Wahlen die Konsolidierung des öffentlichen Haushaltes beginnen und das Wachstum dämpfen. Insgesamt ist daher im kommenden Jahr keine spürbare Beschleunigung des globalen Wirtschaftswachstums zu erwarten.

Weiterentwicklung des strategischen Geschäftsmodells

Infolge der Finanzmarktkrise hat sich das wirtschaftliche und aufsichtsrechtliche Marktumfeld deutlich verändert. Dies gilt insbesondere für die verschärften quantitativen und qualitativen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und Liquidität. Durch die hiermit verbundene höhere Eigenkapitalunterlegung sowie höheren Liquiditätskosten verändern sich die Risiko-/Ertrags-Profile von Einzelgeschäften und ganzen Geschäftsfeldern. In ihrer mittelfristigen Geschäfts- und Ertragsplanung strebt die Helaba deshalb zur Schärfung und Fokussierung ihres strategischen Geschäftsmodells in den nächsten Jahren Portfolioanpassungen in ihren Kerngeschäftsfeldern an über

- eine noch stärkere Ausrichtung auf das Kunden- und Verbundgeschäft und damit auf die realwirtschaftliche Verankerung,
- eine noch stärkere regionale Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer bei Aufrechterhaltung der Niederlassungen in London, New York und Paris zur Absicherung der Leistungstiefe für das Kunden- und Verbundgeschäft und der Sicherung des Zuganges zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund,
- eine weitere Kosten- und Effizienzoptimierung mit einem bis 2015 geplanten Wegfall von bis zu 450 Planstellen,
- einen moderaten geschäftsbedingten Anstieg der Risikoaktiva.

Zielsetzung der fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie ist unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Bei einem erfolgreichen Abschluss der laufenden Gespräche mit der WestLB, ihren Eigentümern sowie den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation beabsichtigt die Helaba, das bisherige Verbundgeschäft der WestLB mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg („NRW-Verbundbank“) zu übernehmen. Die Helaba würde sich dann als Verbundbank für bundesweit über 40 % aller Sparkassen zu einer führenden Sparkassenzentralbank weiterentwickeln. Bei einer Übernahme der NRW-Verbundbank würden die beiden regionalen Sparkassenverbände aus Nordrhein-Westfalen in den Trägerkreis der Helaba eintreten und sich über eine Kapitalerhöhung am Stammkapital der Bank beteiligen.

Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Die ökonomische Entwicklung des Helaba-Konzerns steht 2012 im Spannungsfeld einer erwarteten konjunkturellen Belebung sowie eines anhaltenden Konsolidierungsdruckes in den europäischen Problemländern. Auch unter diesen Rahmenbedingungen erwartet die Helaba aufgrund ihres bewährten und im Jahr 2011 weiterentwickelten Geschäftsmodells 2012 eine Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau der Vorjahre. Der Zinsüberschuss wird leicht oberhalb des Vorjahres, das heißt bei gut 1,07 Mrd. €, erwartet. Bei der Entwicklung der Risikovorsorge wird für 2012 mit einem Wert unterhalb des Vorjahres gerechnet.

Das Neugeschäft wird die Helaba auf dem Niveau der Vorjahre ausbauen. Im Jahr 2012 wird das mittel- und langfristige Neugeschäft der Helaba (Einzelinstitut) mit rund 14 Mrd. € leicht oberhalb des Vorjahreswertes geplant. Die wesentlichen Ergebnisbeiträge des Neugeschäftes werden wieder in den Geschäftsfeldern Immobilien und Corporate Finance erwirtschaftet werden. Im Rahmen der

Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erfolgt in diesen Geschäftsfeldern eine regionale Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer sowie eine weitere Fokussierung des Kundengeschäftes. Im Immobilienkreditgeschäft und im Bereich Corporate Finance werden leichte Bestandsvolumenzuwächse vorgesehen. Im Geschäftsfeld Financial Institutions and International Public Finance wird ein rückläufiges Bestandsvolumen auf Basis einer Portfoliooptimierung geplant. Die Margen werden gegenüber dem Vorjahr auf unverändertem Niveau erwartet.

Im Kapitalmarktgeschäft werden die Bestände des Handelsbuches weiter reduziert und die Risikoaktiva unter Berücksichtigung der neuen regulatorischen Anforderungen begrenzt. Nachdem im vierten Quartal 2011 neuerliche Marktturbulenzen infolge der Eurokrise zu einer Belastung des Ergebnisses geführt haben, wird für 2012 ein höheres Ergebnis erwartet. Bei einer nachhaltigen Beruhigung der Finanzmärkte wird mit entsprechenden Wertaufholungseffekten gerechnet. Der Ergebnisanteil des kapitalmarktbezogenen Kundengeschäftes wird weiter ausgebaut.

Im Asset Management wird eine Steigerung der operativen Erträge über die Ausweitung des volumengetriebenen Fondsmanagement- und Dienstleistungsgeschäftes sowie die Aufnahme neuer Produkte erwartet. Insgesamt sinkt der Ertrag aufgrund des im Jahr 2011 erfolgten Verkaufes der Beteiligung an der DekaBank.

In der Sparte Privatkunden und Mittelstandsgeschäft wird im Geschäftsfeld Verbundgeschäft die Zusammenarbeit mit den Sparkassen im Kerngeschäftsgebiet Hessen und Thüringen im Rahmen des Verbundkonzeptes kontinuierlich fortgesetzt. Die Verbundzusammenarbeit erfolgt weiterhin auf hohem Niveau und wird 2012 über entsprechende Vertriebs- und Marktinitiativen weiter gestärkt. Der Ausbau des Verbundgeschäftes Überregional in ausgewählten Zielregionen ist die wesentliche strategische Stoßrichtung für die kommenden Jahre. Die Vertriebsaktivitäten erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest und der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die WIBank im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die Erträge im Jahr 2012 werden leicht über denen des Vorjahres geplant.

Für den Personalbestand der Helaba ist für 2012 keine wesentliche Veränderung gegenüber 2011 vorgesehen. Tarifbedingt wird sich der Personalaufwand allerdings leicht erhöhen. Mittelfristig geht die Helaba von einer Reduzierung des Personalbestandes aus. Der Sachaufwand wird 2012 durch Projekte unter anderem aus dem regulatorischen Umfeld und Belastungen aus Umlagen leicht oberhalb des Vorjahres erwartet.

Im Saldo rechnet die Bank für das Jahr 2012 mit einem Ergebnis vor Steuern etwas oberhalb des Vorjahresniveaus.

Für 2013 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern erwartet. Dabei steht einer weiteren Reduzierung der Handelsbestände ein selektiver Aufbau im Kredit-, Verbund- und Fördergeschäft sowie im Fondsmanagement gegenüber.

Als Folge dieser Weiterentwicklung der Geschäftsfelder wird für das Jahr 2013 mit einer entsprechend stabilen Ertragsentwicklung gerechnet. Durch die Fortsetzung des Kostenmanagements wird für den Verwaltungsaufwand im Jahr 2013 ein niedriger Anstieg erwartet. Unter Einbeziehung einer Risikovorsorge im erwarteten Ausmaß rechnet die Bank auch für 2013 mit einer stabilen Ergebnisentwicklung.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank bestehen indirekt durch die Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung in den europäischen Problemländern und einer Verschärfung der Eurokrise.

Am 12. Dezember 2011 haben die Träger der Helaba den Vorstand mit der Aufnahme konkreter Verhandlungen zur Integration des Verbundgeschäftes der WestLB in die Helaba beauftragt. Aufgrund der bislang noch nicht vorliegenden Beschlussfassungen enthält die operative Planung 2012 noch keine Ergebnisse einer Verbundbankintegration der WestLB.

Gesamtaussage

Auch das Geschäftsjahr 2011 hat gezeigt, dass trotz volatiler Märkte das diversifizierte Geschäftsmodell der Helaba als integrierte Universalbank mit den drei Sparten Großkundengeschäft, Privatkunden und Mittelstandsgeschäft und öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft eine solide Grundlage für eine stabile Geschäfts- und Ertragsentwicklung darstellt. Die neuen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen, aber auch die Folgen der Finanzmarkt- und der Euro-Schuldenkrise bleiben eine Herausforderung für die Banken und die Gesamtwirtschaft im Hinblick auf Ertragsmöglichkeiten, internationale Konkurrenzfähigkeit und Kreditversorgung.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Aufbauend auf der bestehenden Marktpositionierung und der frühzeitigen Erfüllung der Kapitalanforderungen von Basel III beziehungsweise CRD IV sieht die Helaba weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des Verbundgeschäftes mit den Sparkassen sowie in ausgewählten Segmenten des Großkundengeschäftes. Mit der angestrebten Übernahme der Verbundbankfunktion für die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg wird die strategische Stoßrichtung verfolgt, die Helaba bundesweit als eine führende Sparkassenzentralbank zu etablieren. Zielsetzung der mit der strategischen Planung 2011–2015 fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie ist unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 30. März 2012

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Berger	Gröb	Dr. Hosemann
Krick	Raupach	Dr. Schraad	

Konzernabschluss

60	Gewinn- und Verlustrechnung		
61	Gesamtergebnisrechnung		
62	Bilanz		
64	Eigenkapitalveränderungsrechnung		
65	Kapitalflussrechnung		
	Anhang (Notes)		
	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden		
67	(1) Allgemeine Angaben	87	(21) Zinsüberschuss
69	(2) Konsolidierungskreis	88	(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft
70	(3) Konsolidierungsgrundsätze	88	(23) Provisionsüberschuss
72	(4) Finanzinstrumente	89	(24) Handelsergebnis
74	(5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	90	(25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option
76	(6) Strukturierte Produkte	90	(26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
76	(7) Finanzgarantien	91	(27) Ergebnis aus Finanzanlagen
77	(8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe	91	(28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen
78	(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen	92	(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis
79	(10) Währungsumrechnung	93	(30) Verwaltungsaufwand
79	(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93	(31) Ertragsteuern
80	(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	95	(32) Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen
81	(13) Sachanlagen	96	(33) Segmentberichterstattung
82	(14) Immaterielle Vermögenswerte		
83	(15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen		
83	(16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva		
84	(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
85	(18) Andere Rückstellungen		
85	(19) Ertragsteuern		
86	(20) Nachrangkapital		
			Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
			Erläuterungen zur Bilanz
		101	(34) Barreserve
		101	(35) Forderungen an Kreditinstitute
		102	(36) Forderungen an Kunden
		103	(37) Risikovorsorge
		104	(38) Handelsaktiva
		105	(39) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
		105	(40) Finanzanlagen
		108	(41) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen
		109	(42) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
		111	(43) Sachanlagen
		112	(44) Immaterielle Vermögenswerte
		113	(45) Ertragsteueransprüche

114	(46) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abganggruppen		
115	(47) Sonstige Aktiva		
115	(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
116	(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
116	(50) Verbriefte Verbindlichkeiten		
117	(51) Handelspassiva		
117	(52) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten		
117	(53) Rückstellungen		
121	(54) Ertragsteuerverpflichtungen		
122	(55) Sonstige Passiva		
123	(56) Nachrangkapital		
123	(57) Eigenkapital		
	Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten		
124	(58) Sicherheitsleistungen		
125	(59) Nachrangige Vermögenswerte		
126	(60) Fremdwährungsvolumina		
126	(61) Restlaufzeitengliederung		
127	(62) Derivative Geschäfte		
129	(63) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien		
132	(64) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten		
136	(65) Umkategorisierung von finanziellen Vermögenswerten		
137	(66) Angaben zu Verbindlichkeiten der Fair Value-Option		
137	(67) Angaben zur Emissionstätigkeit		
138	(68) Angaben zum Risikomanagement		
138	(69) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten		
			Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen
140	(70) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen		
142	(71) Patronatserklärungen		
142	(72) Volumen der verwalteten Fonds		
143	(73) Treuhandgeschäfte		
			Sonstige Angaben
143	(74) Angaben zum Leasinggeschäft		
145	(75) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen		
147	(76) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen		
149	(77) Honorare des Abschlussprüfers		
150	(78) Angaben zu Arbeitnehmern		
151	(79) Mitglieder des Verwaltungsrates		
152	(80) Kreditausschuss des Verwaltungsrates		
153	(81) Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates		
153	(82) Mitglieder des Vorstandes		
154	(83) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien		
156	(84) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i.V.m. § 313 Abs. 2 HGB		
164	Versicherung der gesetzlichen Vertreter		
165	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers		

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	Notes	2011	2010	Veränderungen	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinserträge		5.140	5.387	-247	-4,6
Zinsaufwendungen		-4.073	-4.370	297	6,8
Zinsüberschuss	(4), (21)	1.067	1.017	50	4,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(11), (22)	-273	-285	12	4,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		794	732	62	8,5
Provisionserträge		409	404	5	1,2
Provisionsaufwendungen		-155	-155	-	-
Provisionsüberschuss	(23)	254	249	5	2,0
Handelsergebnis	(4), (24)	-44	148	-192	>-100,0
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	(4), (5), (25)	280	6	274	>100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(5), (26)	12	-1	13	>100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4), (27)	-23	-34	11	32,4
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (28)	7	9	-2	-22,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(12), (29)	209	357	-148	-41,5
Verwaltungsaufwand	(30)	-997	-1.068	71	6,6
Ergebnis vor Steuern		492	398	94	23,6
Ertragsteuern	(19), (31)	-95	-100	5	5,0
Konzernjahresergebnis		397	298	99	33,2
davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		-	-1	1	100,0
davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		397	299	98	32,8

Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

Notes	2011	2010	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Konzernjahresergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	397	298	99	33,2
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten				
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	2	88	-86	-97,7
bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)	-11	43	-54	>-100,0
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen				
bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)	-2	-	-2	-
Veränderung aus der Währungs-umrechnung				
Gewinne (+)/Verluste (-) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	7	13	-6	-46,2
bei Abgang in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)	-	-6	6	100,0
Gewinne und Verluste aus der Absicherung von Cashflows				
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus Sicherungsinstrumenten in Cashflow Hedges	-10	-6	-4	-66,7
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen	(53) -54	-80	26	32,5
Sonstiges Ergebnis vor Steuern	-68	52	-120	>-100,0
Ertragsteuern auf nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Gewinne/Verluste	(31) 29	-2	31	>100,0
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-39	50	-89	>-100,0
Gesamtergebnis der Berichtsperiode	358	348	10	2,9
davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-2	-2	-	-
davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis	360	350	10	2,9

Bilanz

zum 31. Dezember 2011

Aktiva

	Notes	31.12.2011	31.12.2010	Veränderungen	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(34)	351	436	-85	-19,5
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (35)	15.295	14.412	883	6,1
Forderungen an Kunden	(4), (36)	84.041	87.698	-3.657	-4,2
Wertberichtigungen auf Forderungen	(11), (37)	-1.256	-1.253	-3	-0,2
Handelsaktiva	(4), (38)	37.960	39.176	-1.216	-3,1
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (39)	4.285	3.702	583	15,7
Finanzanlagen	(4), (40)	18.755	17.687	1.068	6,0
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (41)	50	63	-13	-20,6
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(12), (42)	2.436	2.441	-5	-0,2
Sachanlagen	(13), (43)	315	317	-2	-0,6
Immaterielle Vermögenswerte	(14), (44)	167	164	3	1,8
Ertragsteueransprüche	(19), (45)	636	452	184	40,7
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	(15), (46)	8	-	8	-
Sonstige Aktiva	(16), (47)	942	949	-7	-0,7
Summe Aktiva		163.985	166.244	-2.259	-1,4

Passiva

	Notes	31.12.2011	31.12.2010	Veränderungen	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (48)	31.533	31.679	-146	-0,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (49)	41.907	40.896	1.011	2,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (50)	37.243	40.389	-3.146	-7,8
Handelspassiva	(4), (51)	37.198	38.529	-1.331	-3,5
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (52)	3.916	3.148	768	24,4
Rückstellungen	(17), (18), (53)	1.279	1.190	89	7,5
Ertragsteuerverpflichtungen	(19), (54)	357	238	119	50,0
Sonstige Passiva	(16), (55)	592	484	108	22,3
Nachrangkapital	(20), (56)	4.466	4.488	-22	-0,5
Eigenkapital	(57)	5.494	5.203	291	5,6
gezeichnetes Kapital		2.397	477	1.920	>100,0
stille Einlagen		-	1.920	-1.920	-100,0
Kapitalrücklage		658	658	-	-
Gewinnrücklagen		2.554	2.263	291	12,9
Neubewertungsrücklage		-88	-91	3	3,3
Rücklage aus der Währungsumrechnung		5	-	5	-
Rücklage aus Cashflow Hedges		-19	-13	-6	-46,2
auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		-13	-11	-2	-18,2
Summe Passiva		163.985	166.244	-2.259	-1,4

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

in Mio. €

	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital								Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	Summe Eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Stille Einlagen	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus der Währungsrechnung	Rücklage aus Cashflow Hedges	Zwischensumme		
Eigenkapital zum 1.1.2010	477	1.920	658	2.066	-196	-7	-9	4.909	-3	4.906
Veränderungen im Konsolidierungskreis				-3				-3	-6	-9
Dividendenzahlung				-14				-14		-14
Bedienung stille Einlagen				-28				-28		-28
Gesamtergebnis der Berichtsperiode				242	105	7	-4	350	-2	348
Eigenkapital zum 1.1.2011	477	1.920	658	2.263	-91	-	-13	5.214	-11	5.203
Veränderungen im Konsolidierungskreis				-1		-		-1	-	-1
Dividendenzahlung				-38				-38	-	-38
Bedienung stille Einlagen				-28				-28		-28
Umbuchung ¹⁾	1.920	-1.920						-		-
Gesamtergebnis der Berichtsperiode				358	3	5	-6	360	-2	358
Eigenkapital zum 31.12.2011	2.397	-	658	2.554	-88	5	-19	5.507	-13	5.494

¹⁾ Härtung der stillen Einlagen, siehe auch Anhangangabe (57).

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

in Mio. €

	2011	2010
Jahresüberschuss	397	298
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	269	486
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	221	196
andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	77	-96
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-75	-15
sonstige Anpassungen ¹⁾	-955	-937
Zwischensumme	-66	-68
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	-874	506
Forderungen an Kunden	3.728	-11
Handelsaktiva/-passiva	-276	-118
andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-33	-203
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-146	-510
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.044	-903
verbrieftete Verbindlichkeiten	-3.266	1.343
andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-78	-171
erhaltene Zinsen und Dividenden	5.160	5.474
gezahlte Zinsen	-4.094	-4.413
Ertragsteuerzahlungen	-132	-85
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	967	841
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	4.567	3.885
Sachanlagevermögen	-	75
als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	42	38
immaterielle Vermögenswerte	1	-
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	-5.469	-4.703
Sachanlagevermögen	-23	-159
als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-90	-87
immateriellen Vermögenswerten	-17	-13
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen	-1	-2
Einzahlungen aus dem Verkauf von Tochter- und assoziierten Unternehmen	49	3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-941	-962

¹⁾ Im Vorjahr unter den anderen zahlungsunwirksamen Aufwendungen/Erträgen ausgewiesen.

in Mio. €

	2011	2010
Dividendenzahlungen	-38	-14
Bedienung stille Einlagen	-28	-28
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	-46	-66
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-112	-108
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	436	659
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	967	841
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-941	-962
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-112	-108
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	1	6
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	351	436
davon:		
Kassenbestand	59	63
Guthaben bei Zentralnotenbanken	292	373

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen. Die sonstigen Anpassungen umfassen den Zinsüberschuss und den Steuer- aufwand vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen. Weitere Angaben zu den konsolidierten erworbenen oder verkauften Unternehmen sind der Anhang- angabe (2) zu entnehmen.

Als Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital aus- gewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2011 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhanges. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2011 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2011 waren erstmals die folgenden Standards und Interpretationen, die von der EU übernommen sind, verpflichtend anzuwenden:

- IAS 24: Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen (überarbeitet 2009),
- Änderung an IAS 32: Einstufung von Bezugsrechten,
- Änderung an IFRS 1: Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7,
- Änderungen an IFRIC 14: Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen,
- IFRIC 19: Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente,
- Verbesserungen der International Financial Reporting Standards 2010.

Die Anwendung dieser Standards und Interpretationen hatte keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Helaba. Zur Anwendung des überarbeiteten IAS 24 siehe Anhangangabe (76).

Die übrigen vom IASB beziehungsweise International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden sind und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht

vorzeitig angewendet. Eine vorzeitige Anwendung ist auch nicht beabsichtigt. Sie werden mit Ausnahme von IFRS 9 Finanzinstrumente und IFRS 10 Konzernabschlüsse voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Das IASB hat am 12. November 2009 einen neuen International Financial Reporting Standard (IFRS 9) zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten herausgegeben und diesen am 28. Oktober 2010 um Vorschriften zur Bilanzierung finanzieller Verbindlichkeiten ergänzt. Die Veröffentlichung stellt den Abschluss des ersten Teiles eines dreiphasigen Projektes zur Ersetzung von IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung durch einen neuen Standard dar. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten eingeführt. Die Vorschriften müssen nach aktuellem Stand ab dem 1. Januar 2015 angewendet werden; eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Das IASB beabsichtigt, IFRS 9 um neue Vorschriften für Wertminderungen (Phase 2) und die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Phase 3) zu ergänzen. Zusätzlich sind begrenzte Änderungen der Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten (Phase 1) geplant.

Das IASB hat am 12. Mai 2011 IFRS 10 Konzernabschlüsse, IFRS 11 Gemeinschaftliche Vereinbarungen und IFRS 12 Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen herausgegeben. IFRS 10 Konzernabschlüsse ist das Ergebnis des Konsolidierungsprojektes des IASB und ersetzt die Konsolidierungsleitlinien im bisherigen IAS 27 Konzern- und Einzelabschlüsse und SIC 12 Konsolidierung – Zweckgesellschaften. Die Vorschriften müssen nach aktuellem Stand ab dem 1. Januar 2013 angewendet werden. Eine frühere Anwendung des Standards ist möglich, soweit dies im Anhang angegeben wird und IFRS 11 und 12 sowie die Neuregelungen zu IAS 27 und 28 ebenfalls vorzeitig angewendet werden. Die konkreten Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden zurzeit noch untersucht.

Änderungen nach IAS 8

Im Rahmen der Bewertung von fremdwährungsbehafteten Produkten wurde im Geschäftsjahr 2011 erstmals auch ein Cross Currency Basis Spread (CCBS) berücksichtigt. Der CCBS ist ein quotierter Marktparameter und drückt den Preis aus, den ein Marktteilnehmer zu zahlen bzw. zu empfangen bereit ist, wenn Liquidität von einer Währung in die andere getauscht wird. Zugleich wurde die Diskontierungskurve zur Derivatebewertung einheitlich auf einen 3-Monats-Tenor umgestellt. Bei diesen Anpassungen des Bewertungsmodells handelt es sich um Schätzungsänderungen nach IAS 8.32 ff., die zu keiner Anpassung der Vorjahreszahlen führten. Die Modellanpassung ergab am Tag der Umstellung der Bewertungskurven einen Bewertungseffekt von 196 Mio. €, der sich mit –5 Mio. € im Handelsergebnis, mit 14 Mio. € im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und mit 187 Mio. € im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten auswirkte. Ökonomisch stehen den Bewertungsänderungen bei den Derivaten kompensatorische Bewertungseffekte bei Grundgeschäften gegenüber, die aufgrund der Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt werden konnten. Der einseitige positive Bewertungseffekt wird deshalb in zukünftigen Perioden zu Belastungen der Gewinn- und Verlustrechnung führen.

Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (going concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2011 aufgestellt. Auch in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Ein-

beziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2011. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird, und wenn eine verlässliche Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

(2) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen insgesamt 110 (2010: 106) Unternehmen. Es werden 85 (2010: 84) Gesellschaften durch Vollkonsolidierung und 25 (2010: 22) Gesellschaften im Wege der Equity-Bewertung in den Konzern einbezogen. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften, darunter auch Investmentvermögen.

Bei 41 Tochterunternehmen, 14 gemeinschaftlich geleiteten und 23 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (84) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres resultieren überwiegend aus der Unternehmensgruppe OFB.

Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

Zugänge

Airport Office One GmbH & Co.KG, Schönefeld	Gründung im Dezember 2011
Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Kassel	Gründung im April 2011

Abgänge

Bankservicegesellschaft Rhein-Main mbH, Kriftel	Verschmelzung auf die erstmals at Equity bewertete Sparkassen Markt Service GmbH
---	--

Veränderungen im Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen

Zugänge

Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	Erwerb der Anteile im März 2011
Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Walldorf	Gründung im Mai 2011
OFB & Procom Rüdeshelm GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im Juni 2011
Sparkassen Markt Service GmbH, Darmstadt	Zugang im Wege der Verschmelzung der zuvor vollkonsolidierten Bankservicegesellschaft Rhein-Main mbH, Kriftel

Die im Wege der Verschmelzung der Bankservicegesellschaft Rhein-Main mbH, Kriftel erworbenen Anteile an der Sparkassen Markt Service GmbH, Darmstadt werden seit dem 17. August 2011 im Wege der At-Equity-Bewertung einbezogen. Aus der Entkonsolidierung und dem erstmaligen Ansatz des Equity-Wertes zum Zeitwert resultiert ein sonstiges betriebliches Ergebnis in Höhe von -0,2 Mio. €.

Abgänge

SKYGARDEN Arnulfpark GmbH & Co. KG, Grünwald	Veräußerung der Anteile im Dezember 2011
--	--

Der Abgangserfolg aus der Veräußerung der SKYGARDEN Arnulfpark GmbH & Co. KG, Grünwald beträgt 12 Mio. € und wird im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Die Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der Helaba erfolgt bei allen einbezogenen Unternehmen nach konzerneinheitlichen Vorgaben. In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstige Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden oder bei denen nach den Vorschriften des IAS 27 und SIC 12 eine Zurechnung zum Helaba-Konzern vorzunehmen war, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im

Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. In diesen Fällen erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Jahresabschlüsse der konsolidierten beziehungsweise at Equity bewerteten Unternehmen werden grundsätzlich auf den Stichtag des Jahres- und Konzernabschlusses der Helaba aufgestellt. Nur in wenigen unbedeutenden Ausnahmefällen, die Investmentvermögen betreffen, liegen abweichende Abschlussstichtage vor. Auch in diesen Fällen erfolgte die Berücksichtigung mit Werten zum 31. Dezember 2011.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilerwerbes. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (14)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach entsprechender Prüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung als „auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital“ beziehungsweise „konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteilerwerbes wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Alt-Anteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Alt-Anteile und des beizulegenden Zeitwertes ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Wertes oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie AfS, erfolgswirksam zu erfassen.

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die konsolidierungspflichtigen Anteile abgehen beziehungsweise der Beherrschungstatbestand entfällt, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgen eine Bewertung nach IFRS 5 und der Ausweis der Vermögenswerte, Schulden und Erfolgsbeiträge in separaten Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskonsolidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens wird als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz, werden diese Anteile abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des fortgeführten Equity-Wertes (ohne Geschäfts- oder Firmenwert). Wertminderungen und Wertaufholungen werden erfolgswirksam im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

(4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbes entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind, beziehungsweise wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbes zugeordnet wurden:

Kredite und Forderungen (LaR)

Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmbareren Zahlungen ausgestattet und die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, (aFV) designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (11) verwiesen.

Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (aFV)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (HfT) oder für die im Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value-Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designed werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge-Management-Strategie angewendet, für die keine Mikro-Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designed die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagementstrategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen und Dividenden der designeden Finanzinstrumente sind im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (HtM)

Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)

Die Kategorie AfS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanzinstrumente der Kategorie AfS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen, noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment), die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag angepasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen.

Die Zinserträge aus Wertpapieren, einschließlich amortisierter Agien und Disagien, sowie Dividenden-erträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräußerung eines finanziellen Vermögenswertes wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Finanzielle Verbindlichkeiten (OL)

Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

(5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt der Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikomanagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäftes durch die des Sicherungsinstrumentes in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsvermutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannbreite zwischen 80 % und 125 % bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäftes über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zinsswaps und Zinswährungsswaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten positive beziehungsweise negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grundgeschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, führen die Wertänderungen des Grundgeschäftes, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwertes des Grundgeschäftes wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstrumentes erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Cashflow Hedges werden nur von einer vollkonsolidierten Zweckgesellschaft und einem assoziierten Unternehmen genutzt, die beide im Immobiliensektor tätig sind. Durch den Einsatz von Zinsswaps erfolgt die Absicherung gegen Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme, die aus der Zinsanpassung von Verbindlichkeiten resultieren können. Der effektive Teil der Fair Value-Änderung des Sicherungsinstrumentes wird dabei erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Die Absicherung von Fremdwährungsrisiken erfolgt mittels nicht derivativer Finanzinstrumente für Beteiligungen der Kategorie AfS und für eine Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit.

Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designed sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Management zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(6) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produktes und kann nicht separat gehandelt werden.

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert, oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

(7) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstrumentes nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratierlichen, nachschüssigen und marktge-

rechten Prämienzahlungen (Prämienbarwert) dem Wert null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

(8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrages überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartige Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgeltes an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestandes ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert und entsprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurückzuübertragen. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Während verliehene Wertpapiere beim Verleiher weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung von entliehenen Wertpapieren beim Entleiher.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapiersicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern diese zu Handelszwecken abgeschlossen werden, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand beim Leasinggeber liegen. Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

Der Konzern als Leasinggeber

Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrages bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen und, im Fall von Grundstücken und Gebäuden, unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswertes zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Der Konzern als Leasingnehmer

Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(10) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugsmethode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetäre und nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtages in die Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder der Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebes in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenommen. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfes.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,
- unregelmäßige Überziehung für mehr als 90 Tage,
- bonitätsbedingte Restrukturierung,
- Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,
- Vorliegen der Voraussetzung für Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens.

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cashflows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cashflows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrages. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Diese resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cashflows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cashflows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisikomessung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und historische Ausfallwahrscheinlichkeiten. Länderrisiken sind dabei implizit berücksichtigt. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet. Diese werden gebildet für Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen. Hierzu werden erwartete Verluste mit Faktoren multipliziert, die den Zeitraum zwischen Eintritt und Identifizierung einer Wertminderung widerspiegeln.

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilien-

teile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich ist, wird eine Klassifizierung als als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Komponentenansatz kommt zur Anwendung, wenn sich wesentliche Bestandteile deutlich in ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer unterscheiden.

Die Bandbreiten der zugrunde gelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

- | | |
|--|-------------|
| ▪ Wohn- und Geschäftshäuser | 60–80 Jahre |
| ▪ Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser | 40–60 Jahre |
| ▪ Spezialimmobilien | 20–60 Jahre |

Darüber hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstigen direkt den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Für die in Anhangangabe (42) angegebenen Marktwerte der Immobilien besteht hinsichtlich der Ermittlung eine je nach Objektgröße differenzierte Vorgehensweise. Bei mittleren und großen Immobilien erfolgt mindestens alle drei bis fünf Jahre eine Bewertung durch externe Gutachter, die in der Zwischenzeit jährlich durch interne Sachverständige überprüft und angepasst wird. Die jährliche Bewertung kleinerer Objekte wird grundsätzlich intern vorgenommen.

Die Bewertung der Immobilien erfolgt nach dem Ertragswertverfahren.

(13) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

- | | |
|--------------------------------------|-------------|
| ▪ Gebäude | 40–60 Jahre |
| ▪ Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2–25 Jahre |
| ▪ Leasinggegenstände | 5–25 Jahre |

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung, Software sowie im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Dabei wird der so genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive der Buchwerte der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahen vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Marktpreise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertragswertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktzinsen und die Berücksichtigung eines Risikozuschlages, der sich

aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Abschreibungen auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

(15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten. Die Überprüfung des Fortbestehens dieser Wahrscheinlichkeit und des Nettoveräußerungswertes erfolgt zu jedem Abschlussstichtag.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögenswerte nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5 erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwertes mit dem erzielbaren Nettoveräußerungswert.

(16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Diese umfassen sowohl fertiggestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für Fertigstellung und Verkauf. Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Eine Ausnahme stellt eine im Rahmen eines Unternehmenserwerbs bei der Kaufpreisallokation als Schuld identifizierte und als Rückstellung angesetzte Zusage dar. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausteinsysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Zinssatz orientiert sich an der Verzinsung erstklassiger Industriefinanzierungen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Fristigkeit. Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan und entsprechend seiner Struktur auf Basis der erwarteten Renditen der Asset-Klassen sowie unter Berücksichtigung historischer Kapitalmarktentwicklungen durch die verantwortlichen Asset-Manager bestimmt.

Die in Deutschland angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2011	31.12.2010
Zinssatz	5,00	5,25
Gehaltstrend	2,00	1,00–1,60
Rententrend	1,60–2,00	1,60–2,00
Fluktuationsrate	0,00–3,00	0,00–3,00
Erwartete Rendite des Planvermögens	3,25–5,95	3,00–6,28

in%

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Abweichungen zwischen den früheren versicherungsmathematischen Annahmen und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten. Diese werden in Ausübung des Wahlrechts des IAS 19.93A erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Dienstzeitaufwand und den Zinsaufwand. Der Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus dem Näherrücken des Erfüllungszeitpunktes und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Pensionsaufwand wird um die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen vermindert. Sowohl der Zinsaufwand als auch die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen sind im Zinsüberschuss enthalten.

(18) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die zur Begleichung der Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

(19) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen

tigen Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart, Steuerbehörde und Fristigkeit saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Notes-Angaben zu den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

(20) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbriefte und unverbiefte nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente sind grundsätzlich der Kategorie OL zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(21) Zinsüberschuss

in Mio. €

	2011	2010
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.509	3.563
festverzinslichen Wertpapieren	394	299
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	353	518
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	727	838
Finanzinstrumenten der FVO	65	69
Bauspargeschäft	49	56
Finanzierungsleasing	–	18
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	12	2
Anteilen an verbundenen Unternehmen	2	1
Beteiligungen	29	23
Zinserträge	5.140	5.387
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	–1.870	–1.960
verbrieften Verbindlichkeiten	–866	–916
Nachrangkapital	–170	–173
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	–233	–249
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–577	–740
Finanzinstrumenten der FVO	–225	–198
Bauspargeschäft	–72	–75
Rückstellungen	–60	–59
Zinsaufwendungen	–4.073	–4.370
Gesamt	1.067	1.017

Der Anteil der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten beläuft sich auf 3.983 Mio. € (2010: 3.932 Mio. €) beziehungsweise 2.977 Mio. € (2010: 3.123 Mio. €).

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten Zinsen in Höhe von 27 Mio. € (2010: 21 Mio. €) aus in die Kategorie LaR umkategorisierten finanziellen Vermögenswerten.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in Höhe von 40 Mio. € (2010: 42 Mio. €) enthalten.

Die Zinserträge aus dem Bauspargeschäft resultieren aus Baudarlehen, die von der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen LBS vergeben wurden. Die Aufwendungen der LBS Hessen-Thüringen für Bauspareinlagen finden sich entsprechend unter den Zinsaufwendungen.

In den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der FVO in Höhe von 4 Mio. € (2010: 2 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Rückstellungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsverpflichtungen in Höhe von 55 Mio. € (2010: 55 Mio. €) enthalten. Entsprechend sind die erwarteten Erträge aus Planvermögen in Höhe von 9 Mio. € (2010: 10 Mio. €) in den Zinserträgen enthalten.

(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	in Mio. €	
	2011	2010
Zuführungen	-417	-421
Wertberichtigungen auf Forderungen	-383	-394
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	-34	-27
Auflösungen	146	173
Wertberichtigungen auf Forderungen	126	153
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	20	20
Direktabschreibungen auf Forderungen	-11	-51
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	9	14
Gesamt	-273	-285

In der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sind für im Jahr 2008 in die Bewertungskategorie LaR umkategorisierte finanzielle Vermögenswerte im aktuellen Geschäftsjahr keine Veränderungen von Portfoliowertberichtigungen (2010: 3 Mio. €) sowie keine Direktabschreibungen (2010: 4 Mio. €) enthalten.

(23) Provisionsüberschuss

	in Mio. €	
	2011	2010
Kredit- und Avalgeschäft	29	35
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	66	66
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	56	53
Wertpapier- und Depotgeschäft	37	38
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	19	21
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	29	23
Bauspargeschäft	-8	-7
Treuhandgeschäft	4	8
Sonstiges	22	12
Gesamt	254	249

Die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen enthalten im Wesentlichen Provisionen aus der Platzierung kurzfristiger Geldmarktpapiere.

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

(24) Handelsergebnis

	in Mio. €	
	2011	2010
Kursbezogenes Geschäft	1	2
Aktien	118	170
Aktienderivate	-117	-168
Zinsbezogenes Geschäft	-4	199
originäres zinsbezogenes Geschäft	326	468
Zinsderivate	-330	-269
Währungsbezogenes Geschäft	-17	-15
Devisen	-129	-27
FX-Derivate	112	12
Ergebnis aus Kreditderivaten	-	-7
Provisionsergebnis	-24	-31
Gesamt	-44	148

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem nicht derivativen zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft enthält unter anderem Fremdwährungsumrechnungsdifferenzen.

Zur Veränderung des Handelsergebnisses, die aus der erstmaligen Berücksichtigung des Cross Currency Basis Spread (CCBS) resultiert, wird auf Anhangangabe (1) verwiesen.

(25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

in Mio. €		
	2011	2010
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	423	-30
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	-143	36
Gesamt	280	6

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierten Finanzinstrumente erfasst. Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Vom Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen 16 Mio. € (2010: -43 Mio. €) auf Kreditderivate. Der Ergebnisanteil aus durch konsolidierte Spezial- und Publikumsfonds gehaltenen Finanzinstrumenten der FVO und Nichthandelsderivaten beläuft sich auf -0,4 Mio. € (2010: -16 Mio. €). Zur Veränderung des Ergebnisses aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten, die aus der erstmaligen Berücksichtigung des Cross Currency Basis Spread (CCBS) resultiert, wird auf Anhangangabe (1) verwiesen.

(26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

in Mio. €		
	2011	2010
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	28	-62
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-16	61
Gesamt	12	-1

Zur Veränderung des Ergebnisses aus Sicherungszusammenhängen, die aus der erstmaligen Berücksichtigung des CCBS resultiert, wird auf Anhangangabe (1) verwiesen.

(27) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €

	2011	2010
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	63	5
Beteiligungen	34	2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	29	3
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	-86	-39
Wertminderungen	-86	-46
Zuschreibungen	-	7
Gesamt	-23	-34

Die Wertminderungen entfallen mit 59 Mio. € (2010: 1 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und mit 27 Mio. € (2010: 45 Mio. €) auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen.

(28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst sämtliche ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €

	2011	2010
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	-	-1
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	-5	-8
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	12	-
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	-	18
Gesamt	7	9

Neben den anteiligen Periodenergebnissen werden auch die Ergebnisbeiträge, die aus der Fortschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven und Lasten resultieren, in diesem Posten erfasst.

Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei at Equity bewerteten Unternehmen werden erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfasst.

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen enthält im aktuellen Geschäftsjahr keine Wertminderungsaufwendungen (2010: 2 Mio. €).

(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €

	2011	2010
Sonstige betriebliche Erträge	479	659
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	349	463
Erträge aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	41	24
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	16	16
Erträge aus nicht bankgeschäftlichen Dienstleistungen	28	51
Erträge aus der Vereinnahmung passivischer Unterschiedsbeträge	–	2
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	–	37
Erträge aus Maschinen und technischen Anlagen	–	2
übrige sonstige betriebliche Erträge	45	64
Sonstige betriebliche Aufwendungen	–270	–302
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	–149	–152
Aufwendungen aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	–	–3
Abschreibungen auf nicht finanzielle Vermögenswerte	–41	–45
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	–	–11
Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	–	–2
Restrukturierungsaufwendungen	–	–5
übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	–80	–84
Gesamt	209	357

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

in Mio. €

	2011	2010
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	326	326
Mieterträge	314	316
Erträge aus dem Abgang	12	10
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–188	–186
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–147	–142
davon: aus vermieteten Immobilien	–147	–142
Abschreibungen	–40	–43
übrige Aufwendungen	–1	–1
Gesamt	138	140

Auf Vorratsimmobilien wurden Abschreibungen in Höhe von 1 Mio. € (2010: 2 Mio. €) vorgenommen.

(30) Verwaltungsaufwand

in Mio. €		
	2011	2010
Personalaufwand	-513	-536
Löhne und Gehälter	-423	-435
soziale Abgaben	-60	-63
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-30	-38
Andere Verwaltungsaufwendungen	-449	-427
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-35	-105
auf Sachanlagen	-24	-84
auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-11	-21
Gesamt	-997	-1.068

Die anderen Verwaltungsaufwendungen lassen sich wie folgt aufgliedern:

in Mio. €		
	2011	2010
Gebäude- und Raumaufwendungen	-75	-74
IT-Aufwendungen	-128	-127
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	-144	-117
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	-37	-39
Aufwendungen des Geschäftsbetriebes	-65	-70
Gesamt	-449	-427

Die Pflichtbeiträge enthalten 2011 erstmals die Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute in Höhe von 31 Mio. €.

(31) Ertragsteuern

in Mio. €		
	2011	2010
Tatsächliche Steuern	-111	-80
Latente Steuern	16	-20
Gesamt	-95	-100

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus der Frankfurter Sparkasse (53 Mio. €), der Niederlassung New York (30 Mio. €) und der Bank Inland (10 Mio. €). Er beinhaltet Aufwendungen für Vorjahre von 5 Mio. € (2010: Erstattungen von 17 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand des Berichtsjahres wurde aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste um 33 Mio. € (2010: 25 Mio. €) gemindert.

Der latente Steueraufwand des Berichtsjahres resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Realisierung von temporären Differenzen (Steueraufwand 37 Mio. €) sowie aus der Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge (Steuerertrag saldiert 49 Mio. €). Aus Steuersatzänderungen ergaben sich im Berichtsjahr Steuererträge von 4 Mio. €.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Überleitung der erwarteten zu den ausgewiesenen Ertragsteuern. Der erwartete Steueraufwand errechnet sich aus dem Ergebnis vor Ertragsteuern multipliziert mit dem anzuwendenden Konzernertragsteuersatz von unverändert 30 %. Dieser setzt sich aus Körperschaftsteuer (15,0 %) zuzüglich Solidaritätszuschlag (5,5 % der Körperschaftsteuer) sowie einem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz zusammen.

in Mio. €

	2011	2010
Ergebnis vor Steuern	492	398
Anzuwendender Konzernertragsteuersatz in %	30	30
Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	-148	-119
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	-15	7
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	4	1
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	-5	17
Nicht anrechenbare Ertragsteuern	-	-
Steuerfreie Erträge	36	25
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	-19	-13
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	-1	-1
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	55	-6
Sonstige Auswirkungen	-2	-11
Ertragsteueraufwand	-95	-100

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die einzelnen Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern.

in Mio. €

	Vor Steuern		Steuern		Nach Steuern	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-9	131	12	-26	3	105
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-2	-	-	-	-2	-
Veränderung aus der Währungsumrechnung	7	7	-	-	7	7
Gewinne und Verluste aus der Absicherung von Cashflows	-10	-6	2	1	-8	-5
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen	-54	-80	15	23	-39	-57
Gesamt	-68	52	29	-2	-39	50

(32) Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen

Hierin waren im Vorjahr die Ergebnisse aus den mit Weiterveräußerungsabsicht erworbenen Tochterunternehmen im Projektierungs- und Fondsgeschäft der Unternehmensgruppe HANNOVER LEASING enthalten.

in Mio. €

	2011	2010
Ergebnis vor Steuern	-	-3
Aufwendungen	-	-3
Ergebnis aufgebener Geschäftsbereiche	-	-3
Gewinn aus dem Abgang von aufgegebenen Geschäftsbereichen	-	3
Ergebnis aus Bewertung und Abgang aufgebener Geschäftsbereiche	-	3
Gesamt	-	-

(33) Segmentberichterstattung

in Mio. €

	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Asset Management	
	2011	2010 ¹⁾	2011	2010 ¹⁾	2011	2010 ¹⁾	2011	2010 ¹⁾
Zinsüberschuss	329	340	261	249	107	94	37	31
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-110	-189	-38	-63	2	3	-10	-6
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	219	151	223	186	109	97	27	25
Provisionsüberschuss	18	17	18	16	30	32	53	53
Handelsergebnis	-	-	-2	2	-59	127	4	1
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-8	-4	-3	4	93	7	-1	-
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	-1	-1	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	-4	-2	-	-18	-31	10	29	1
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	12	-1	-12	13	-	-	-	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	206	194	13	181	3	1	5	4
Summe Erträge	443	355	237	384	144	273	117	84
Verwaltungsaufwand	-188	-173	-87	-208	-124	-122	-65	-59
Ergebnis vor Steuern	255	182	150	176	20	151	52	25
Vermögen (Mrd. €)	34,0	36,8	25,4	26,5	74,5	70,6	1,5	1,7
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	2,9	2,8	5,6	6,5	105,7	111,7	1,4	1,4
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	21,6	21,0	13,7	13,9	10,4	10,0	0,8	1,1
Alloziertes Kapital (Mio. €)	2.057	1.853	1.275	1.291	909	812	73	86
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	12,4	9,8	11,7	13,6	2,1	18,6	70,6	29,5
Aufwand-/Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%)	34,0	31,9	31,7	46,6	87,3	45,2	51,6	64,8

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

in Mio. €

	Verbundgeschäft		Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft		Frankfurter Sparkasse		Sonstige/ Überleitung		Konzern	
	2011	2010 ¹⁾	2011	2010 ¹⁾	2011	2010 ¹⁾	2011	2010 ¹⁾	2011	2010
Zinsüberschuss	89	85	40	34	297	279	-93	-95	1.067	1.017
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-8	-1	-	-	12	-10	-121	-19	-273	-285
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	81	84	40	34	309	269	-214	-114	794	732
Provisionsüberschuss	18	15	32	29	72	74	13	13	254	249
Handelsergebnis	13	19	-	-	-	-1	-	-	-44	148
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanz- instrumenten der FVO	-1	-6	-	-	-4	13	204	-8	280	6
Ergebnis aus Sicherungs- zusammenhängen	-	-	-	-	-	-	13	-	12	-1
Ergebnis aus Finanzanlagen	-	-	-	-	-44	-11	27	-14	-23	-34
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	-	-	-	7	-3	-	-	7	9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	2	5	-6	-3	15	18	-29	-43	209	357
Summe Erträge	113	117	66	60	355	359	14	-166	1.489	1.466
Verwaltungsaufwand	-118	-120	-57	-51	-244	-244	-114	-91	-997	-1.068
Ergebnis vor Steuern	-5	-3	9	9	111	115	-100	-257	492	398
Vermögen (Mrd. €)	13,3	13,7	9,2	8,8	18,3	17,6	-12,2	-9,4	164,0	166,2
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	23,6	20,0	9,2	8,8	18,3	17,6	-2,7	-2,6	164,0	166,2
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	1,0	1,0	1,0	0,9	4,0	4,2	4,8	4,9	57,3	57,2
Alloziertes Kapital (Mio. €)	87	84	85	77	354	343	518	481	5.358	5.029
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	-	-	11,2	11,4	31,3	33,4	-	-	9,2	7,9
Aufwand-/Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%)	97,6	102,0	85,7	85,6	71,3	66,3	84,5	-	56,6	61,0

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Basis für die Erstellung des Segmentberichtes stellt IFRS 8 dar. Die Geschäftssegmentdefinition orientiert sich, dem Management Approach folgend, an der internen Geschäftsfeldstruktur der Bank. Beteiligungen sind den Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Der Segmentbericht ist in die sieben nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Unternehmensbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland und wohnwirtschaftlichen Beteiligungen über die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Private-Public-Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Unternehmensbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagfinanzierungen, Asset Backed Securities, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING sind diesem Geschäftssegment auf Basis der At-Equity-Bilanzierung zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Financial Markets stellt die Ergebnisse der Unternehmensbereiche Global Markets, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Financial Institutions and International Public Finance sowie diverse Zweckgesellschaften dar. In diesem Segment werden die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Finanzinstituten und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen.
- Unter dem Geschäftssegment Asset Management sind die Beteiligungen Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG abgebildet. Im Produktportfolio des Segmentes finden sich damit Leistungen zur klassischen Vermögensbetreuung und -verwaltung, des Private Banking sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von Master-KAG-Mandaten.
- Im Geschäftssegment Verbundgeschäft werden die Verbundbank und die LBS erfasst. Im Fokus dieses Geschäftssegmentes steht die Betreuung der Sparkassen und deren Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.
- Im Geschäftssegment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba im Zusammenhang mit Förder- und Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Wohnungswesen, Kommunal- und Städtebau, Landwirtschaft sowie Schutz der Umwelt zusammengefasst.
- Das Geschäftssegment Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse des gleichnamigen Kreditinstitutes als Teilkonzern einschließlich der zugehörigen konsolidierten Tochtergesellschaften ab. Das Produktportfolio umfasst neben den klassischen Produkten einer Retail-Bank im Aktiv-, Passiv- und Dienstleistungsgeschäft die Kapitalmarktprodukte zur Eigenmittelanlage, Refinanzierung und Liquiditätssteuerung.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäftes berechnet. Ergebnisse aus Fristentransformation werden als Zinsergebnis in der Aktiv-/Passivsteuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

Die direkt zurechenbaren Kosten, zuzüglich der im Rahmen der internen Leistungsrechnung auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen und verursachungsgerechten Mengentreibern sowie der auf dem Verursachungsprinzip basierenden Kostenumlage der Corporate Center Kosten, gehen in den Verwaltungsaufwand ein. Die Verteilung der Corporate Center Kosten wurde angepasst. Dies betrifft auch das Vorjahr.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuches einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß Solvabilitätsverordnung. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital wird nach Risikopositionen und für die immobilienwirtschaftlichen und sonstigen bankfremden Aktivitäten entsprechend den bilanziellen Aktiva verteilt.

Das Ergebnis vor Risikovorsorge wird auf das allozierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Aufwand-Ertrag-Relation ergibt sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwandes zu den Erträgen.

In der Spalte Sonstige/Überleitung sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet. Konsolidierungsbeträge, die zwischen den Segmenten bestehen, werden ebenfalls an dieser Stelle ausgewiesen.

Überleitungseffekte zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ergeben sich insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalserträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2011	2010
Immobilienkredite	274	209
Immobilienbewirtschaftung	22	19
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	147	127
Unternehmensfinanzierung	237	384
Treasury-Produkte	107	63
Handelsprodukte	-27	136
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	64	74
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	117	84
Bauspargeschäft	60	58
Sparkassenverbundgeschäft	53	59
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	66	60
Retailgeschäft	355	359
sonstige Produkte/Überleitung	14	-166
Konzern	1.489	1.466

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2011	2010
Deutschland	1.440	1.445
Europa (ohne Deutschland)	67	116
Welt (ohne Europa)	141	80
Sonstige	-159	-175
Konzern	1.489	1.466

Erläuterungen zur Bilanz

(34) Barreserve

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Kassenbestand	59	63
Guthaben bei Zentralnotenbanken	292	373
Gesamt	351	436

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 273 Mio. € (2010: 326 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(35) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Angeschlossene Sparkassen	6.740	6.808
Girozentralen	428	600
Banken	8.127	7.004
Gesamt	15.295	14.412
davon:		
inländische Kreditinstitute	10.669	11.103
ausländische Kreditinstitute	4.626	3.309

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Forderungen	4.966	3.544
Andere Forderungen	10.329	10.868
Gesamt	15.295	14.412
darunter:		
Tages- und Termingelder	165	791
gestellte Barsicherheiten	4.721	2.636
Weiterleitungsdarlehen	4.565	4.288

(36) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Firmenkunden	62.310	66.028
Privatkunden	6.418	6.643
Öffentliche Stellen	15.313	15.027
Gesamt	84.041	87.698
davon:		
inländische Kunden	51.921	52.847
ausländische Kunden	32.120	34.851

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Forderungen	1.540	1.301
Andere Forderungen	82.501	86.397
Gesamt	84.041	87.698
darunter:		
gewerbliche Immobilienkredite	31.966	34.615
private Baufinanzierungen	3.497	3.495
Baudarlehen der Bausparkasse	1.053	1.125
Weiterleitungsdarlehen	2.756	2.916
Infrastrukturkredite	3.656	3.390
Konsumentenkredite	340	353
Schuldscheindarlehen	531	658
finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	1.075	1.470
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	8	9
vor Fälligkeit angekaufte Forderungen	68	411

Bei den übrigen Forderungen an Kunden in Höhe von 39.091 Mio. € (2010: 39.256 Mio. €) handelt es sich überwiegend um Tilgungs- und Roll-over-Kredite im Corporate Finance-Geschäft.

(37) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verteilt sich zum Abschlussstichtag wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	91	4
pauschalierte Einzelwertberichtigungen	1	1
Portfoliowertberichtigungen	90	3
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	1.165	1.249
Einzelwertberichtigungen	839	900
pauschalierte Einzelwertberichtigungen	90	104
Portfoliowertberichtigungen	236	245
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	71	66
Gesamt	1.327	1.319

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und dort erläutert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Einzelwertberichtigungen		Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Stand zum 1.1.	900	844	105	98	248	246	1.253	1.188
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–8	–	–	–	–1	–	–9
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	8	6	–	–	–	3	8	9
Verbrauch	–218	–129	–11	–5	–	–	–229	–134
Auflösungen	–123	–153	–3	–	–	–	–126	–153
Umbuchungen	7	–	–	–	–	–	7	–
Unwinding	–40	–42	–	–	–	–	–40	–42
Zuführungen	305	382	–	12	78	–	383	394
Stand zum 31.12.	839	900	91	105	326	248	1.256	1.253

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundengruppen wie folgt:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Öffentliche Stellen	1	–
Finanzunternehmen	8	4
Grundstücks- und Wohnungswesen	631	605
Energie- und Wasserversorgung	30	15
Produzierendes Gewerbe	184	155
Sonstige Dienstleistungen	136	273
Natürliche Personen	119	128
Versicherungsgewerbe	1	1
Beteiligungsgesellschaften	12	17
Sonstige	43	51
Gesamt	1.165	1.249

(38) Handelsaktiva

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.844	25.399
Geldmarktpapiere	619	926
von anderen Emittenten	619	926
Anleihen und Schuldverschreibungen	21.225	24.473
von öffentlichen Emittenten	3.891	2.873
von anderen Emittenten	17.334	21.600
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	115	57
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.052	6.641
kursbezogene Derivate	61	99
zinsbezogene Derivate	7.839	5.410
währungsbezogene Derivate	1.034	1.063
Kreditderivate	113	68
warenbezogene Derivate	5	1
Forderungen des Handelsbestandes	6.949	7.079
Gesamt	37.960	39.176

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unter-kategorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forderungen des Handelsbestandes umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen sowie Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 20.267 Mio. € (2010: 22.810 Mio. €) börsennotiert.

(39) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	1.448	1.497
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.837	2.205
Gesamt	4.285	3.702

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Management zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(40) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral oder zur Kategorie FVO erfolgswirksam grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18.182	16.840
von öffentlichen Emittenten	4.462	3.688
von anderen Emittenten	13.720	13.152
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	111	111
Aktien	34	31
andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	77	80
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	28	33
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	20	23
bewertet zu Anschaffungskosten	8	10
Beteiligungen	434	703
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	408	675
bewertet zu Anschaffungskosten	26	28
Gesamt	18.755	17.687

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.322	16.036
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	43	42
Beteiligungen	–	53
Gesamt	17.365	16.131

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden. Nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste finanzielle Informationen zu diesen Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen.

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	694	751
Summe der Verpflichtungen	547	586
Erträge	106	105
Jahresergebnis	17	3
Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	271	270
Summe der Verpflichtungen	199	193
Erträge	39	34
Jahresergebnis	6	1

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Anschaffungskosten						
Stand 1.1.	47	53	783	788	830	841
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-7	-	-24	-	-31
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	5	9	5	9
Zugänge	-	3	58	49	58	52
Umbuchungen	-	-1	-	1	-	-
Abgänge	-5	-1	-375	-40	-380	-41
Stand 31.12.	42	47	471	783	513	830
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen						
Stand 1.1.	5	3	37	-20	42	-17
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-4	-	-4
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	1	10	1	10
Erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	1	2	31	8	32	10
Abgänge	-	-	-28	43	-28	43
Stand 31.12.	6	5	41	37	47	42
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1.1.	-19	-23	-117	-83	-136	-106
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	3	-	9	-	12
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-1	-	-1	-
Wertminderungen	-1	-	-26	-45	-27	-45
Erfolgswirksame Wertänderungen aus der Bewertung (FVO)	-	-	2	-	2	-
Abgänge	-	1	64	2	64	3
Stand 31.12.	-20	-19	-78	-117	-98	-136
Buchwerte zum 31.12.	28	33	434	703	462	736

Die in den kumulierten Ab- und Zuschreibungen dargestellten erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus der Bewertung von Beteiligungen der FVO zum beizulegenden Zeitwert.

Die Abgänge bei den Beteiligungen sind im Wesentlichen auf die Veräußerung der indirekt gehaltenen Anteile an der DekaBank sowie eines Anteiles an einem börsennotierten Unternehmen des Finanzsektors zurückzuführen.

Bei den folgenden Gesellschaften bestehen am Bilanzstichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt,
- Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien.

(41) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 21 (2010: 19) Gemeinschaftsunternehmen und vier (2010: drei) assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile gliedern sich wie folgt:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	12	20
Anteile an assoziierten Unternehmen	38	43
Gesamt	50	63

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften.

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzel- beziehungsweise Konzernabschlüsse der at Equity bewerteten Unternehmen und bezogen auf den Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten, Verpflichtungen, Erträgen und Jahresergebnissen.

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	146	183
Summe der Verpflichtungen	129	150
Erträge	30	7
Jahresergebnis	-2	-1
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	78	99
Summe der Verpflichtungen	66	79
Erträge	15	3
Jahresergebnis	-1	-1

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Anteile an assoziierten Unternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	2.033	2.312
Summe der Verpflichtungen	1.886	2.202
Erträge	348	225
Jahresergebnis	-5	-2
Anteile an assoziierten Unternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	718	827
Summe der Verpflichtungen	678	798
Erträge	129	57
Jahresergebnis	-4	-1

(42) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Vermietete Grundstücke und Gebäude	2.350	2.356
Unbebaute Grundstücke	57	55
Leerstehende Gebäude	4	3
Immobilien im Bau	25	27
Gesamt	2.436	2.441

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 1.804 Mio. € (2010: 1.776 Mio. €) auf Wohnimmobilien der Unternehmensgruppe GWH.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

in Mio. €

	2011	2010
Anschaffungskosten/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	2.697	2.816
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–170
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	2
Zugänge	90	87
Übertragungen in das Vorratsvermögen	–1	–9
Übertragungen in die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	–44	–
Abgänge	–37	–29
Stand 31.12.	2.705	2.697
Kumulierte Abschreibungen		
Stand zum 1.1.	–256	–234
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	20
planmäßige Abschreibungen	–39	–43
außerplanmäßige Abschreibungen	–1	–
Übertragungen in die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	20	–
Abgänge	7	1
Stand zum 31.12.	–269	–256
Buchwerte zum 31.12.	2.436	2.441

Die Zugänge betreffen mit 88 Mio. € (2010: 82 Mio. €) die Unternehmensgruppe GWH.

Bei den unterjährigen Übertragungen in die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen handelt es sich um Immobilien in Frankfurt und Erfurt, die zum Jahresende bereits teilweise veräußert waren.

Die Marktwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 3.019 Mio. € (2010: 2.986 Mio. €).

Es besteht eine vertragliche Verpflichtung in Höhe von 7 Mio. € (2010: 18 Mio. €) zum Erwerb, zur Erstellung oder zur Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

(43) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	254	263
Betriebs- und Geschäftsausstattung	61	54
Gesamt	315	317

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Leasinggegenstände	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten						
Stand 1.1.	364	385	229	241	-	536
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-31	-2	-15	-	-538
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	1	-	-	-	9
Zugänge	4	1	19	16	-	131
Umbuchungen	-	8	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-33	-13	-	-138
Stand 31.12.	368	364	213	229	-	-
Kumulierte Abschreibungen						
Stand 1.1.	-101	-97	-175	-180	-	-135
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	2	1	8	-	134
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	-	1
planmäßige Abschreibungen	-5	-6	-11	-13	-	-64
außerplanmäßige Abschreibungen	-8	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	33	10	-	64
Stand 31.12.	-114	-101	-152	-175	-	-
Buchwerte 31.12.	254	263	61	54	-	-

in Mio. €

	Immobilien im Bau		Maschinen und technische Anlagen		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten						
Stand 1.1.	-	5	-	-	593	1.167
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-8	-2	-592
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	-	10
Zugänge	-	3	-	8	23	159
Umbuchungen	-	-8	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-	-33	-151
Stand 31.12.	-	-	-	-	581	593
Kumulierte Abschreibungen						
Stand 1.1.	-	-	-	-	-276	-412
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	1	1	145
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	-	1
planmäßige Abschreibungen	-	-	-	-1	-16	-84
außerplanmäßige Abschreibungen	-	-	-	-	-8	-
Abgänge	-	-	-	-	33	74
Stand 31.12.	-	-	-	-	-266	-276
Buchwerte 31.12.	-	-	-	-	315	317

(44) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Geschäfts- oder Firmenwerte	136	138
Gekaufte Software	31	25
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	-	1
Gesamt	167	164

Die immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte resultieren im Wesentlichen aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005 und einer seit 2009 konsolidierten ausländischen Immobiliengesellschaft.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Gekaufte Software		Sonstige immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten								
Stand 1.1.	252	264	121	124	2	50	375	438
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-2	-12	-2	-6	-	-49	-4	-67
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	1	1	-	-	1	1
Zugänge	-	-	17	12	-	1	17	13
Abgänge	-	-	-8	-10	-1	-	-9	-10
Stand 31.12.	250	252	129	121	1	2	380	375
Kumulierte Abschreibungen								
Stand 1.1.	-114	-113	-96	-95	-1	-27	-211	-235
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	10	1	4	-	34	1	48
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-1	-	-	-	-1
planmäßige Abschreibungen	-	-	-11	-13	-	-8	-11	-21
außerplanmäßige Abschreibungen	-	-11	-	-	-	-	-	-11
Abgänge	-	-	8	9	-	-	8	9
Stand 31.12.	-114	-114	-98	-96	-1	-1	-213	-211
Buchwerte 31.12.	136	138	31	25	-	1	167	164

Es besteht wie im Vorjahr keine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten.

(45) Ertragsteueransprüche

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	91	81
Latente Ertragsteueransprüche	545	371
Gesamt	636	452

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	44	44
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.210	1.044
Finanzanlagen	143	99
Sonstige Aktiva	61	60
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	171	118
Pensionsrückstellungen	133	126
Sonstige Rückstellungen	48	41
Sonstige Passiva	69	53
Steuerliche Verlustvorräte	65	16
Latente Ertragsteueransprüche brutto	1.944	1.601
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	-1.399	-1.230
Gesamt	545	371
davon: langfristig	495	330

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Im Inland ergibt sich für die Bank ab 2011 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von derzeit 450 % (2010: 450 %) ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,6 % (2010: 31,6 %).

Latente Steuern auf Verlustvorräte werden nur insoweit aktiviert, als deren Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeitraum ausreichende zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, um die steuerlichen Verlustvorräte zu verrechnen. Zum Bilanzstichtag wurden latente Steuern in Höhe von 65 Mio. € (2010: 16 Mio. €) auf Verlustvorräte gebildet, die unbegrenzt vortragsfähig sind.

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 63 Mio. € (2010: 254 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 122 Mio. € (2010: 356 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 84 Mio. € (2010: 55 Mio. €).

(46) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Bei den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten in Höhe von 8 Mio. € (2010: 0 Mio. €) handelt es sich um eine Wohnimmobilie in Erfurt, für die bereits ein Kaufvertrag abgeschlossen wurde. Sie wird im Geschäftssegment Immobilien ausgewiesen. Die Voraussetzungen für den Abgang werden wahrscheinlich im ersten Halbjahr 2012 erfüllt werden.

(47) Sonstige Aktiva

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Immobilien des Vorratsvermögens	158	159
fertiggestellte Immobilien	121	70
Immobilien im Bau	37	89
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	40	44
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	55	36
Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	13	5
Sonstige Vermögenswerte	676	705
Gesamt	942	949

(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Angeschlossene Sparkassen	2.640	2.236
Girozentralen	2.268	2.711
Banken	26.625	26.732
Gesamt	31.533	31.679
davon:		
inländische Kreditinstitute	25.400	25.158
ausländische Kreditinstitute	6.133	6.521

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Verbindlichkeiten	1.939	2.448
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	29.594	29.231
Gesamt	31.533	31.679
darunter:		
aufgenommene Schuldscheindarlehen	9.660	11.241
Weiterleitungsdarlehen	7.543	7.457
begebene Namensschuldverschreibungen	2.754	2.837
Tages- und Termingelder	3.674	2.583

(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Firmenkunden	22.423	22.681
Privatkunden	15.258	14.964
Öffentliche Stellen	4.226	3.251
Gesamt	41.907	40.896
davon:		
inländische Kunden	38.424	36.622
ausländische Kunden	3.483	4.274

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Verbindlichkeiten	13.378	12.934
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	28.529	27.962
Gesamt	41.907	40.896
darunter:		
Kundeneinlagen auf Girokonten	5.064	4.175
Tages- und Termingelder	14.660	13.853
Spareinlagen	2.588	2.451
Bauspareinlagen	3.333	3.307
begebene Namensschuldverschreibungen	9.092	9.475
aufgenommene Schuldscheindarlehen	6.607	7.087

(50) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Begebene Schuldverschreibungen	36.406	38.618
Hypothekendarlehen	2.802	2.421
öffentliche Pfandbriefe	7.692	7.418
sonstige Schuldverschreibungen	25.912	28.779
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	837	1.771
Gesamt	37.243	40.389

Die anderen verbrieften Verbindlichkeiten betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Geldmarktpapiere. Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhangangabe (67).

(51) Handelspassiva

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.093	7.254
kursbezogene Derivate	50	57
zinsbezogene Derivate	8.886	6.318
währungsbezogene Derivate	1.005	787
Kreditderivate	147	91
warenbezogene Derivate	5	1
Begebene Geldmarktpapiere	2.500	8.383
Verbindlichkeiten des Handelsbestandes	24.605	22.892
Gesamt	37.198	38.529

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestandes umfassen im Wesentlichen Geldhandels- und Wertpapierpensionsgeschäfte.

(52) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	871	615
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	3.045	2.533
Gesamt	3.916	3.148

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Management zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert sind (ökonomische Hedges).

(53) Rückstellungen

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	937	882
Andere Rückstellungen	342	308
Rückstellungen für den Personalbereich	93	97
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	71	66
Restrukturierungsrückstellungen	2	4
sonstige Rückstellungen	176	141
Gesamt	1.279	1.190

Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde im Inland ein Zinssatz von 5,0 % (2010: 5,25 %) zugrunde gelegt. Der Zinssatz orientiert sich an der Verzinsung erstklassiger Industriefinanzierungen. Dabei wird ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von AA-eingestuften Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist.

Vom Barwert der Pensionsverpflichtungen entfallen unverändert gegenüber dem Vorjahr 69 % auf die Helaba und 23 % auf die Frankfurter Sparkasse.

Bei der Helaba bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen:

Für pensionsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine endgehaltsabhängige Gesamtversorgungszusage, bei der sich die Versorgungsleistung als dienstjahresabhängiger Prozentsatz der zuletzt gezahlten ruhegehaltsfähigen Bezüge ergibt.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt einen Endgehaltsplan dar, bei dem die Gehaltsteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte (BBG) anders gewichtet werden als die Gehaltsteile bis zur BBG.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe von so genannten Rentenbausteinen, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten ruhegehaltsfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahres.

Daneben bestehen im Wesentlichen Einzelzusagen für Vorstandsmitglieder sowie mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusagen und Zusagen für Beihilfeleistungen.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben grundsätzlich alle Mitarbeiter einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse. Für Mitarbeiter der ehemaligen Stadtparkasse Frankfurt besteht dieser Anspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK). Rentenanwartschaften, die über die Höchstrente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse hinausgehen, werden durch eine Aufstockungszusage abgedeckt. Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ermitteln sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Barwert der Pensionsverpflichtung (DBO)	1.156	1.077	950	927	972
davon: vollständig fondsfinanziert	226	208	169	161	171
davon: nicht fondsfinanziert	930	869	781	766	801
Marktwert des Planvermögens	-271	-247	-227	-186	-185
Aufgrund IAS 19.58 b) nicht als Vermögenswert angesetzter Betrag	45	44	59	24	10
Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen	930	874	782	765	797
Aktivüberhang aus Pensionsverpflichtungen	7	8	7	7	7
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen	937	882	789	772	804

Von den ausgewiesenen Pensionsrückstellungen entfallen 69 Mio. € (2010: 68 Mio. €) auf eine im Rahmen eines Unternehmenserwerbes bei der Kaufpreisallokation als Schuld identifizierte Beitragszusage.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (DBO) hat sich wie folgt entwickelt:

	in Mio. €	
	2011	2010
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	1.077	950
laufender Dienstzeitaufwand	19	16
Zinsaufwand	55	55
Arbeitnehmerbeiträge	3	3
gezahlte Versorgungsleistungen	-51	-45
versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	52	92
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	2	6
nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-1	-
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	1.156	1.077

Das Planvermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	in Mio. €	
	2011	2010
Marktwert des Planvermögens zum 1.1.	247	227
erwartete Erträge aus dem Planvermögen	9	10
Arbeitgeberbeiträge	19	9
Arbeitnehmerbeiträge	3	3
gezahlte Versorgungsleistungen	-8	-4
versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-1	-3
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	2	5
Marktwert des Planvermögens zum 31.12.	271	247

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalinstrumente	23	20
Fremdkapitalinstrumente	187	174
Andere Vermögenswerte	61	53
Marktwert des Planvermögens	271	247

Vom Planvermögen entfallen 12 Mio. € (2010: 13 Mio. €) auf konzerneigene Finanzinstrumente, in selbst genutzte Immobilien und andere Vermögenswerte wurde wie im Vorjahr nicht investiert.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Einzahlungen der Helaba in das Planvermögen in Höhe von 9 Mio. € erwartet.

Die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste aus Pensionsverpflichtungen in den einzelnen Geschäftsjahren setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen (DBO)	16	-4	19	-4	45
Annahmeänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen (DBO)	-68	-88	12	72	94
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	-1	-3	2	-4	4
Veränderung des aufgrund IAS 19.58 b) nicht als Vermögenswert angesetzten Betrages	-1	15	-35	-14	-10
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Pensionsverpflichtungen (DBO)	-54	-80	-2	50	133

Die kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen (DBO) betragen zum Bilanzstichtag 29 Mio. € (2010: 83 Mio. €), nach Abzug latenter Steuern 19 Mio. € (2010: 58 Mio. €).

Die im Zusammenhang mit Pensionsverpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Aufwendungen und Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Laufender Dienstzeitaufwand	19	16
Zinsaufwand	55	55
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-9	-10
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-1	-
Gesamte Aufwendungen und Erträge	64	61

Die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen betragen 8 Mio. € (2010: 7 Mio. €).

Für beitragsorientierte Versorgungszusagen wurden im Berichtsjahr 4 Mio. € (2010: 3 Mio. €) aufgewendet.

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Rückstellungen für den Personalbereich		Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft		Restrukturierungsrückstellungen		Sonstige Rückstellungen		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Stand zum 1.1.	97	104	66	58	4	3	141	144	308	309
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-2	-	-	-	-	-	-21	-	-23
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	1	-	1	-	-	1	-	1	2
Verbrauch	-61	-72	-2	-	-	-1	-58	-45	-121	-118
Auflösungen	-2	-1	-20	-20	-	-1	-14	-14	-36	-36
Umbuchungen	2	-	-7	-	-2	-2	-	-	-7	-2
Aufzinsung	1	2	-	-	-	-	4	2	5	4
Zuführung	56	65	34	27	-	5	102	75	192	172
Stand zum 31.12.	93	97	71	66	2	4	176	141	342	308

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Alterszeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiter. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Immobilienprojektierungen und Mietverhältnissen sowie Prozessrisiken.

Die Zuführungen zu den beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss enthalten.

Von den anderen Rückstellungen sind 155 Mio. € kurzfristig (2010: 144 Mio. €).

(54) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	104	115
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	253	123
Gesamt	357	238

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	181	155
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.252	994
Finanzanlagen	136	53
Sonstige Aktiva	55	65
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	1	37
Pensionsrückstellungen	16	30
Sonstige Rückstellungen	6	8
Sonstige Passiva	5	11
Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto	1.652	1.353
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	-1.399	-1.230
Gesamt	253	123
davon: langfristig	31	34

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe Anhangangabe (45)).

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 31 Mio. € (2010: 31 Mio. €).

(55) Sonstige Passiva

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	131	102
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	23	22
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	212	191
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	103	59
Sonstige Verbindlichkeiten	123	110
Gesamt	592	484

(56) Nachrangkapital

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.524	2.525
darunter: anteilige Zinsen	11	12
Genussrechtskapital	821	845
darunter: anteilige Zinsen	38	40
Stille Einlagen	1.121	1.118
darunter: anteilige Zinsen	50	50
Gesamt	4.466	4.488
darunter:		
verbrieftes Nachrangkapital	3.139	3.158

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

(57) Eigenkapital

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Gezeichnetes Kapital	2.397	477
Stille Einlagen	-	1.920
Kapitalrücklage	658	658
Gewinnrücklagen	2.554	2.263
Neubewertungsrücklage	-88	-91
Rücklage aus der Währungsumrechnung	5	-
Rücklage aus Cashflow Hedges	-19	-13
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	-13	-11
Gesamt	5.494	5.203

Das gezeichnete Kapital umfasst das von den drei Trägern nach der Satzung eingezahlte Stammkapital in Höhe von 477 Mio. € und die vom Land Hessen erbrachten Kapitaleinlagen von 1.920 Mio. €, die im Vorjahr unter den stillen Einlagen ausgewiesen waren. Träger der Helaba sind mit einem Anteil am Stammkapital von 85 % der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, das Land Hessen mit einem Anteil von 10 % und der Freistaat Thüringen mit einem Anteil von 5 %.

Aufgrund der Anpassungen an die geänderten aufsichtsrechtlichen Anforderungen (so genannte Härtung) haben die stillen Einlagen ab dem 30. Dezember 2011 den Charakter von Kapitaleinlagen und werden im Berichtsjahr erstmals im gezeichneten Kapital ausgewiesen. Diese Kapitaleinlagen erfüllten auch bisher die Bedingung des IAS 32, dass keine vertragliche Verpflichtung zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten besteht. Demnach erfolgt die Bedienung der Kapitaleinlagen im Rahmen der Gewinnverwendung.

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(58) Sicherheitsleistungen

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Handelsaktiva	7.821	10.369
Forderungen an Kreditinstitute	4.743	2.673
Forderungen an Kunden	276	91
Finanzanlagen	2.327	1.772
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	164	261
Sachanlagen	45	46
Sonstige Aktiva	8	10
Gesamt	15.384	15.222

Die Stellung der Sicherheiten erfolgt insbesondere für Offenmarktgeschäfte, zur Abwicklung von Wertpapiergeschäften über Clearinghäuser sowie im Rahmen von echten Pensionsgeschäften. Zur Besicherung von OTC-Geschäften und Krediten bestehen zum Bilanzstichtag als Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesene gezahlte liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 5.019 Mio. € (2010: 2.726 Mio. €).

Ferner führt die Bank grundpfandrechlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen, sowie weitere Deckungswerte im Deckungsstock nach §§ 12 beziehungsweise 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2011 belief sich die Deckungsmasse auf 29.086 Mio. € (2010: 29.410 Mio. €) bei einem Umlauf an Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 20.078 Mio. € (2010: 20.707 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte

Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 514 Mio. € (2010: 452 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 193 Mio. € (2010: 50 Mio. €) wurden weiterverkauft bzw. weiterverpfändet.

Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 692 Mio. € (2010: 582 Mio. €) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen sind.

Bezüglich der Angaben zu erhaltenen Sicherheiten im Rahmen des klassischen Kreditgeschäftes verweisen wir auf Anhangangabe (69).

(59) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen an Kreditinstitute	71	83
davon:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	1
Forderungen an Kunden	1.293	1.423
davon:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23	25
Handelsaktiva	13	19
Finanzanlagen	48	75
Gesamt	1.425	1.600

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(60) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €

	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
USD	18.707	19.456	9.964	16.098
GBP	6.606	7.109	1.600	3.514
CHF	3.077	3.638	2.071	4.294
JPY	1.482	1.405	1.498	1.761
Andere Währungen	1.410	2.270	305	331
Gesamt	31.282	33.878	15.438	25.998

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Daraus entstehende offene Fremdwährungspositionen sind weitgehend durch den Einsatz von Derivaten geschlossen.

(61) Restlaufzeitengliederung

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	18.549	26.029	28.667	52.868	27.937
Handelsspassiva	3.041	13.215	10.349	500	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.943	2.440	4.689	15.526	10.437
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.565	5.318	5.759	10.598	12.359
verbriefte Verbindlichkeiten	-	5.030	7.339	22.633	3.862
Nachrangkapital	-	26	531	3.611	1.279
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	10.093	317	615	2.262	938
Handelsspassiva	10.093	-	-	-	-
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-	317	615	2.262	938
Unwiderrufliche Kreditzusagen	604	814	2.321	9.456	2.321
Gesamt	29.246	27.160	31.603	64.586	31.196

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2010:

	in Mio. €				
	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	17.924	32.385	26.130	56.371	28.617
Handelsspassiva	2.660	18.972	9.643	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.319	2.956	3.691	15.158	11.260
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.945	4.200	5.471	11.869	12.482
verbriefte Verbindlichkeiten	–	6.249	6.565	26.072	3.506
Nachrangkapital	–	8	760	3.272	1.369
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	7.254	302	656	1.708	537
Handelsspassiva	7.254	–	–	–	–
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	302	656	1.708	537
Unwiderrufliche Kreditzusagen	405	812	3.499	7.213	5.510
Gesamt	25.583	33.499	30.285	65.292	34.664

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß der vertraglich vereinbarten Fälligkeitstermine auf die einzelnen Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelsspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestandes werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gemäß Anhangangabe (70) können bis zum Garantiehöchstbetrag grundsätzlich jederzeit in Anspruch genommen werden.

(62) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	962	882	62	99	52	57
OTC-Produkte	228	234	30	20	11	12
Aktienoptionen	228	234	30	20	11	12
Käufe	150	137	30	18	–	1
Verkäufe	78	97	–	2	11	11
börsengehandelte Produkte	734	648	32	79	41	45
Aktien-/Index-Futures	144	58	–	1	2	–
Aktien-/Index-Optionen	590	590	32	78	39	45
Zinsbezogene Geschäfte	511.223	499.736	12.000	8.799	12.154	8.875
OTC-Produkte	406.990	438.127	11.976	8.789	12.122	8.866
Forward Rate Agreements	19.493	43.168	3	6	5	8
Zinsswaps	333.357	343.758	10.745	8.061	10.316	7.899
Zinsoptionen	54.031	50.907	1.228	722	1.801	959
Käufe	24.447	22.906	1.222	714	–	–
Verkäufe	29.584	28.001	6	8	1.801	959
sonstige Zinskontrakte	109	294	–	–	–	–
börsengehandelte Produkte	104.233	61.609	24	10	32	9
Zinsfutures	36.346	21.609	13	8	21	6
Zinsoptionen	67.887	40.000	11	2	11	3
Währungsbezogene Geschäfte	59.289	53.455	1.145	1.373	1.569	1.281
OTC-Produkte	59.289	53.455	1.145	1.373	1.569	1.281
Devisenkassa- und -termingeschäfte	37.638	33.203	627	680	747	448
Zins-/Währungsswaps	19.409	19.313	499	678	799	813
Devisenoptionen	2.242	939	19	15	23	20
Käufe	1.131	474	19	15	–	–
Verkäufe	1.111	465	–	–	23	20
Kreditderivate	9.030	10.541	125	71	229	188
OTC-Produkte	9.030	10.541	125	71	229	188
Warenbezogene Geschäfte	88	19	5	1	5	1
OTC-Produkte	88	19	5	1	5	1
Commodity-Swaps	85	19	5	1	5	1
Commodity-Optionen	3	–	–	–	–	–
Gesamt	580.592	564.633	13.337	10.343	14.009	10.402

Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €

	Aktien-/Indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogenes Geschäft		Währungsbezogenes Geschäft	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Bis drei Monate	199	200	129.535	153.572	27.417	23.919
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	145	121	114.951	80.595	10.464	10.525
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	618	561	156.173	165.042	17.948	15.193
Mehr als fünf Jahre	-	-	110.564	100.527	3.460	3.818
Gesamt	962	882	511.223	499.736	59.289	53.455

in Mio. €

	Kreditderivate		Warenbezogenes Geschäft		Gesamt	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Bis drei Monate	276	510	12	5	157.439	178.206
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.275	1.294	30	11	127.865	92.546
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.297	7.274	46	3	180.082	188.073
Mehr als fünf Jahre	1.182	1.463	-	-	115.206	105.808
Gesamt	9.030	10.541	88	19	580.592	564.633

Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
OECD-Banken	387.598	420.374	8.746	7.445	12.083	8.789
Banken außerhalb der OECD	-	115	-	-	-	-
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsen)	169.615	126.531	3.020	2.237	1.404	1.066
Öffentliche Stellen in der OECD	23.379	17.613	1.571	661	522	547
Gesamt	580.592	564.633	13.337	10.343	14.009	10.402

(63) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2011 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Er-sichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	351				351
Forderungen an Kreditinstitute	15.265			30	15.295
Forderungen an Kunden	83.899			142	84.041
Handelsaktiva			37.960		37.960
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.285		4.285
Finanzanlagen		16.497		2.258	18.755
Gesamt	99.515	16.497	42.245	2.430	160.687
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.076			457	31.533
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39.748			2.159	41.907
Verbriefte Verbindlichkeiten	33.143			4.100	37.243
Handelspassiva			37.198		37.198
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.916		3.916
Nachrangkapital	3.951			515	4.466
Gesamt	107.918		41.114	7.231	156.263

Die unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr der Kategorie LaR beziehungsweise OL zugeordnet.

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per 31. Dezember 2010:

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	436				436
Forderungen an Kreditinstitute	14.352			60	14.412
Forderungen an Kunden	87.550			148	87.698
Handelsaktiva			39.176		39.176
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.702		3.702
Finanzanlagen		15.221		2.466	17.687
Gesamt	102.338	15.221	42.878	2.674	163.111
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.212			467	31.679
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39.083			1.813	40.896
Verbriefte Verbindlichkeiten	37.053			3.336	40.389
Handelspassiva			38.529		38.529
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.148		3.148
Nachrangkapital	3.974			514	4.488
Gesamt	111.322		41.677	6.130	159.129

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2011 dargestellt:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
Zinsüberschuss	3.550	-2.977	433		-157	269	1.118
Risikovorsorge	-273						-273
Handelsergebnis				-44			-44
Ergebnis aus Finanzanlagen			-23				-23
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht ge- haltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					-143	423	280
Ergebnis aus Sicherungs- zusammenhängen	-4	-12				28	12
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			-9				-9
Gesamt	3.273	-2.989	401	-44	-300	720	1.061

Für das Jahr 2010 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
Zinsüberschuss	3.607	-3.123	324		-127	367	1.048
Risikovorsorge	-285						-285
Handelsergebnis				148			148
Ergebnis aus Finanzanlagen			-34				-34
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht ge- haltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					36	-30	6
Ergebnis aus Sicherungs- zusammenhängen	15	46				-62	-1
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			131				131
Gesamt	3.337	-3.077	421	148	-91	275	1.013

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten Zinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen, erwartete Erträge aus Planvermögen und den Zinsüberschuss aus dem Finanzierungsleasinggeschäft.

(64) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten. Darüber hinaus sind unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva weitere finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, deren beizulegender Zeitwert dem Buchwert entspricht.

in Mio. €

	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Aktiva						
Barreserve	351	436	351	436	-	-
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	15.627	14.692	15.204	14.408	423	284
Forderungen an Kunden ¹⁾	86.546	89.445	82.876	86.449	3.670	2.996
Handelsaktiva	37.960	39.176	37.960	39.176	-	-
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.285	3.702	4.285	3.702	-	-
Finanzanlagen	18.755	17.687	18.755	17.687	-	-
Gesamt	163.524	165.138	159.431	161.858	4.093	3.280
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.303	32.318	31.533	31.679	770	639
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.565	42.196	41.907	40.896	1.658	1.300
Verbrieftete Verbindlichkeiten	37.213	40.322	37.243	40.389	-30	-67
Handelspassiva	37.198	38.529	37.198	38.529	-	-
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.916	3.148	3.916	3.148	-	-
Nachrangkapital	4.317	4.395	4.466	4.488	-149	-93
Gesamt	158.512	160.908	156.263	159.129	2.249	1.779

¹⁾ Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Marktes werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise (Level 1).

Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle Inputdaten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cash-flow-basierte Forward Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet (Level 2).

In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden Arrangerpreise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen (Level 3).

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Nicht derivative Finanzinstrumente	40.486	41.125	6.660	8.225	655	1.042	47.801	50.392
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	30	60	–	–	30	60
Forderungen an Kunden	–	–	142	148	–	–	142	148
Handelsaktiva	22.494	24.739	6.383	7.722	31	74	28.908	32.535
Finanzanlagen	17.992	16.386	105	295	624	968	18.721	17.649
Derivate	56	89	13.278	10.252	3	2	13.337	10.343
positive Marktwerte des Handelsbestandes	54	86	8.995	6.553	3	2	9.052	6.641
positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2	3	4.283	3.699	–	–	4.285	3.702
Gesamt	40.542	41.214	19.938	18.477	658	1.044	61.138	60.735

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Nicht derivative Finanzinstrumente	2.181	2.381	32.091	34.976	64	48	34.336	37.405
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	457	467	–	–	457	467
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	2.141	1.813	18	–	2.159	1.813
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	4.054	3.288	46	48	4.100	3.336
Handelsspassiva	2.181	2.381	24.924	28.894	–	–	27.105	31.275
Nachrangkapital	–	–	515	514	–	–	515	514
Derivate	73	54	13.927	10.340	9	8	14.009	10.402
negative Marktwerte des Handelsbestandes	66	52	10.024	7.200	3	2	10.093	7.254
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	7	2	3.903	3.140	6	6	3.916	3.148
Gesamt	2.254	2.435	46.018	45.316	73	56	48.345	47.807

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente in Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	182	359
Schuldverschreibungen, Anleihen	53	74
Schuldscheine	27	69
Asset Backed Securities	102	208
Certificates of Deposit	–	8
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	429	645
Investmentanteile	44	38
Gesamt	655	1.042

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
AAA	14	66
AA	13	89
A	91	59
BBB und schlechter	19	102
Ohne externes Rating	45	43
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	182	359

Bei der Modellbewertung der Bestände, die Level 3 zugeordnet sind, wurden Parameter verwendet, durch die ein Preis ermittelt wird, den rational handelnde Marktteilnehmer zugrunde legen würden. Für einzelne Inputfaktoren könnten alternativ günstigere oder nachteiligere Faktoren angesetzt werden. Dies betrifft im Wesentlichen die Einschätzung und Festlegung von Credit Spreads. Für die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere wurden hierbei Preise ermittelt, die um bis zu 2 Mio. € niedriger oder höher liegen können.

Für nicht börsennotierte Unternehmensanteile wurden Simulationen der Ertragswertberechnungen vorgenommen. Auf Basis der dabei ermittelten Unternehmenswerte wurden alternativ verwendbare Werte ermittelt, die um bis zu 35 Mio. € niedriger beziehungsweise um bis zu 32 Mio. € höher lagen.

Die sonstigen dem Level 3 zugeordneten Bestände weisen keine wesentlichen Sensitivitäten aus.

In den folgenden Tabellen wird die Entwicklung des Bestandes an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

in Mio. €

Aktiva	Handelsaktiva		Finanzanlagen		Positive Marktwerte des Handelsbestandes		Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Buchwert zum 1.1.	74	921	968	1.203	2	2	-	-
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste								
Zinsergebnis			-	-			-	-
Handelsergebnis	2	-60			1	1		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO			6	8			2	-
Ergebnis aus Finanzanlagen			-19	-				
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste			8	36				
Zugänge	-	88	65	156	-	-1	-2	-
Abgänge/Abwicklungen	-45	-34	-389	-202	-	-	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	3	5	-25	-	-	-	-
Übertragungen aus Level 1 oder 2	-	-	1	22	-	-	-	-
Übertragungen in Level 1 oder 2	-	-844	-21	-230	-	-	-	-
Buchwert zum 31.12.	31	74	624	968	3	2	-	-
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	2	-2	-11	11	1	-	2	-

in Mio. €

Passiva	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		Verbrieftes Verbindlichkeiten		Negative Marktwerte des Handelsbestandes		Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Buchwert zum 1.1.	-	-	48	46	2	2	6	4
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste								
Handelsergebnis					1	-		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	3	-	-2	2			2	2
Abgänge/Abwicklungen	-	-	-	-	-	-	-2	-
Übertragungen in Level 1 oder 2	15	-	-	-	-	-	-	-
Buchwert zum 31.12.	18	-	46	48	3	2	6	6
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	-	-	-	-	-1	-	-2	-

(65) Umkategorisierung von finanziellen Vermögenswerten

In Einklang mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 Reclassification of Financial Assets hat der Helaba-Konzern im zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie LaR gegliedert. Hierbei wurden Vermögenswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Seitdem wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgegliederten Vermögenswerte:

	31.12.2011 Buchwert	31.12.2011 Zeitwert	31.12.2010 Buchwert	1.7.2008 Buchwert
Handelsaktiva, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	256	221	314	437
Finanzanlagen, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	819	730	1.156	1.722
Gesamt	1.075	951	1.470	2.159

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung lagen die Effektivzinssätze der umgegliederten Handelsaktiva zwischen 4,5 % und 6,5 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 452 Mio. €. Die Effektivzinssätze der umgegliederten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte lagen zwischen 3,2 % und 9,3 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 1.794 Mio. €.

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden, wären 2011 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzliche unrealisierte Bewertungsverluste von –10 Mio. € (2010: 0 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 11 Mio. € (2010: 57 Mio. €) entstanden.

Nach der Umgliederung trugen die Vermögenswerte 2011 wie folgt zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns (vor Steuern) bei:

	in Mio. €	
	2011	2010
Zinsüberschuss	21	18
Amortisierung und realisiertes Ergebnis aus Tilgung und Abgang	6	3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	–1
Ergebnis vor Steuern aus umgegliederten Vermögenswerten	27	20

(66) Angaben zu Verbindlichkeiten der Fair Value-Option

Für Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, betragen die bonitätsinduzierten Änderungen der beizulegenden Zeitwerte in der Berichtsperiode 9 Mio. € (2010: 12 Mio. €). Die kumulative bonitätsinduzierte Änderung der beizulegenden Zeitwerte für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Verbindlichkeiten beträgt 1 Mio. € (2010: –24 Mio. €).

(67) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

	Begebene Geldmarktpapiere des Handels		Verbrieftes Verbindlichkeiten		Verbrieftes Nachrangkapital		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Stand zum 1.1.	8.383	9.938	40.389	38.505	3.158	3.188	51.930	51.631
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	261	558	112	638	6	12	379	1.208
Zugänge aus Emissionen	23.421	41.899	15.139	24.621	–	–	38.560	66.520
Abgänge durch Rückzahlung	–28.598	–43.452	–17.043	–22.180	–40	–60	–45.681	–65.692
Abgänge durch Rückkäufe	–955	–567	–1.363	–1.097	–	–	–2.318	–1.664
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	–2	1	–37	–28	–2	–1	–41	–28
Erfolgswirksame Wertänderungen	–10	6	46	–70	17	19	53	–45
Stand zum 31.12.	2.500	8.383	37.243	40.389	3.139	3.158	42.882	51.930

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden sowohl kurzfristige Geldmarktpapiere als auch mittel- und langfristige Schuldverschreibungen sowie Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungsvolumen von kurzfristigen Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

(68) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostategie. Zur Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt. Zur Organisation des Risikomanagements, den einzelnen Risikoarten sowie den Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Chancen- und Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichtes ist.

(69) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 504 Mio. € (2010: 808 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist und deshalb ein maschinelles Mahnverfahren eingeleitet wurde. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum Bilanzstichtag überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen nach der Dauer des Zahlungsverzuges:

in Mio. €

	Verzug bis zu einem Monat	Verzug über einen Monat bis zu drei Monaten	Verzug über drei Monaten bis zu einem Jahr	Verzug über einem Jahr	Gesamt
Forderungen an Kunden (LaR)	85	170	78	166	499
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	1	2	1	1	5
Gesamt	86	172	79	167	504

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2010:

in Mio. €

	Verzug bis zu einem Monat	Verzug über einen Monat bis zu drei Monaten	Verzug über drei Monaten bis zu einem Jahr	Verzug über einem Jahr	Gesamt
Forderungen an Kunden (LaR)	255	222	119	208	804
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	2	1	1	–	4
Gesamt	257	223	120	208	808

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR), die im Bilanzposten sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus dem Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

in Mio. €

	Buchwert vor Wertberichtigung		Höhe der Wertberichtigung		Buchwert nach Wertberichtigung	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	1	9	1	1	–	8
Forderungen an Kunden (LaR)	2.021	2.305	929	1.004	1.092	1.301
Finanzanlagen (AfS)	306	538	166	149	140	389
Gesamt	2.328	2.852	1.096	1.154	1.232	1.698

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte wie unter Anhangangabe (63) dargestellt zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen gemäß Anhangangabe (70). Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (37)). Es handelt sich hierbei um Beträge ohne Abzug von Sicherheiten oder sonstige risikomindernde Vereinbarungen.

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhängig von Kreditart und -volumen gemäß den Kreditrichtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der im Rahmen des klassischen Kreditgeschäftes gehaltenen Sicherheiten zum Bilanzstichtag:

	in Mio. €	
	Buchwert	Fair Value der Sicherheiten
Forderungen an Kreditinstitute	15.295	124
Forderungen an Kunden	84.041	34.921
Eventualverbindlichkeiten	3.582	267
Unwiderrufliche Kreditzusagen	15.516	1.013
Gesamt	118.434	36.325

Im Rahmen der Sicherheitenverwertung bei Immobilienfinanzierungen in den USA wurde im Berichtsjahr eine Immobilie mit einem Buchwert in Höhe von 11 Mio. € in eine Objektgesellschaft eingebracht. Mit Maßnahmen zur Weiterveräußerung der Immobilie wurde begonnen. Die im Vorjahr in Objektgesellschaften eingebrachten Immobilien in Höhe von 21 Mio. € wurden im Berichtsjahr bereits weiterveräußert.

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Chancen- und Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichtes ist.

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

(70) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die sowohl aus den gestellten Bürgschaften als auch aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Avale wider. Die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen wurden von den Beträgen gekürzt.

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Eventualverbindlichkeiten	3.582	5.581
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	3.582	5.581
Andere Verpflichtungen	18.019	20.418
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.319	2.729
unwiderrufliche Kreditzusagen	15.516	17.439
Nachschussverpflichtungen	41	56
Einzahlungsverpflichtungen	98	157
vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen, immateriellen und sonstigen Vermögenswerten	33	15
vertragliche Verpflichtungen in Verbindung mit als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	7	17
sonstige Verpflichtungen	5	5
Gesamt	21.601	25.999

Am Bilanzstichtag entfielen von den Einzahlungsverpflichtungen auf 28 Personenhandelsgesellschaften 78 Mio. € und auf vier Kapitalgesellschaften 20 Mio. €. Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden nicht.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Mitglieder. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter Sparkasse ist Mitglied im Sparkassen-Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintrittes von Stützungsfällen bestehen Nachschussverpflichtungen.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Helaba und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Institutes bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

(71) Patronatserklärungen

<u>Firma</u>	<u>Sitz</u>
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Westhafen GmbH	Frankfurt am Main

(72) Volumen der verwalteten Fonds

Die von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der LB(Swiss) Investment AG verwalteten Investmentvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Publikumsfonds, 74 (2010: 58)	3.587	3.699
Spezialfonds, 220 (2010: 227)	69.265	64.267
Gesamt	72.852	67.966

(73) Treuhandgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010 ¹⁾
Treuhandvermögen	1.222	1.226
Forderungen an Kreditinstitute	317	293
Forderungen an Kunden	623	653
Beteiligungen	269	269
sonstige Vermögensgegenstände	13	11
Treuhandverbindlichkeiten	1.222	1.226
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6	9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	901	906
sonstige Verbindlichkeiten	315	311

¹⁾Vorjahreszahlen angepasst.

Die Treuhandgeschäfte betreffen im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz.

Sonstige Angaben

(74) Angaben zum Leasinggeschäft

Der Helaba-Konzern als Leasinggeber

In der folgenden Tabelle werden die Angaben zum Finanzierungsleasing dargestellt:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Bruttoinvestitionswert	10	11
bis ein Jahr	1	1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4	4
mehr als fünf Jahre	5	6
Unrealisierter Finanzertrag	-2	-2
Nettoinvestitionswert	8	9
bis ein Jahr	1	1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3	3
mehr als fünf Jahre	4	5

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und dem Leasinggeber zustehende nicht garantierte Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Bruttoinvestitionswert und dem Nettoinvestitionswert.

Wie im Vorjahr bestehen keine kumulierten Wertberichtigungen bei Finanzierungs-Leasinggeschäften. Im Berichtsjahr wurden aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen keine bedingten Mietzahlungen (2010: 4 Mio. €) als Ertrag erfasst.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Bis ein Jahr	94	92
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	147	151
Mehr als fünf Jahre	93	115
Gesamt	334	358

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude. Im Berichtsjahr wurden aus Operating-Leasingverhältnissen bedingte Mietzahlungen in Höhe von 1 Mio. € (2010: 1 Mio. €) als Ertrag erfasst.

Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer

Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 38 Mio. € (2010: 43 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommerziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 13 Jahren. Preisanpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Bis ein Jahr	49	44
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	167	153
Mehr als fünf Jahre	171	187
Gesamt	387	384

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 51 Mio. € (2010: 49 Mio. €) erwartet. Im Berichtsjahr wurden aus Untermietverhältnissen 13 Mio. € (2010: 17 Mio. €) vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst sind.

Finanzierungs-Leasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(75) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapitallimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe werden gemäß der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Danach muss die Helaba-Institutsgruppe im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern Eigenmittel in angemessener Höhe halten.

Die Solvabilitätsverordnung verpflichtet Institute, ihre Adressenausfallrisiken, ihre Marktrisiken und das operationelle Risiko zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe gemäß Solvabilitätsverordnung setzen sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln zusammen und gliedern sich zum Meldestichtag 31. Dezember 2011 wie folgt:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Stammkapital	477	477
anderes Kapital	1.920	–
sonstiges Kapital	1.053	2.973
offene Rücklagen und Konsolidierungseffekte	1.996	1.901
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	448	428
Abzugsposten nach § 10 Abs. 2a KWG	–36	–31
Kernkapital	5.858	5.748
Kapital gemäß § 10 Abs. 5 KWG	724	729
längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	2.314	2.319
übrige Bestandteile und Konsolidierungseffekte	4	–12
Ergänzungskapital	3.042	3.036
Abzugsposten gemäß § 10 Abs. 6 und 6a KWG	–121	–550
Haftendes Eigenkapital	8.779	8.234
genutzte, verfügbare Drittrangmittel	–	–
Eigenmittel gesamt	8.779	8.234

Mit Feststellung der Jahresabschlüsse 2011 werden die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel durch Zuführung zu den Sonderposten nach § 340f HGB, Bildung von Wertberichtigungen und die Dotierung der Rücklagen gestärkt.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Adressenausfallrisiken	3.908	3.941
Marktrisiken	407	388
Operationelle Risiken	268	245
Kapitalanforderungen	4.583	4.574
Kernkapitalquote	10,1 %	9,6 %
Gesamtkennziffer	15,3 %	14,4 %

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

(76) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns einschließlich deren nachgeordneter Tochterunternehmen.

Durch den im Geschäftsjahr 2011 erstmals anzuwendenden überarbeiteten IAS 24 wurde eine Erleichterungsvorschrift für Unternehmen eingeführt, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (government related entities). Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaates Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von dieser Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Geschäftsbeziehungen zu unseren Gesellschaftern und deren nachgeordneten Tochterunternehmen nach IAS 24 bestehen aus normalen bankgeschäftlichen Dienstleistungen. Der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu den Gesellschaftern und wesentlichen nachgeordneten Unternehmen im Berichtsjahr wird aus den nachfolgend angegebenen Salden zum Geschäftsjahresende erkennbar. Bezüglich der Härtung der stillen Einlagen vom Land Hessen wird auf die Anhangangabe (57) verwiesen. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns einschließlich deren naher Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2011 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen an Kreditinstitute	45	5
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	5	5
Gesellschafter der Helaba	40	–
Forderungen an Kunden	2.709	1.591
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	8	16
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	758	453
Gesellschafter der Helaba	1.865	1.051
sonstige nahestehende Personen	78	71
Handelsaktiva	420	424
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	11	15
Gesellschafter der Helaba	409	409
Sonstige Aktiva	1	–
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	1	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	193	6
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	3	–
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	–	6
Gesellschafter der Helaba	190	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	854	92
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	59	10
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	69	21
Gesellschafter der Helaba	708	47
sonstige nahestehende Personen	18	14
Handelspassiva	417	75
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	12	8
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	12	1
Gesellschafter der Helaba	393	66
Sonstige Passiva	38	1
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	–	1
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	38	–
Eventualverbindlichkeiten	261	345
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	–	1
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	65	161
Gesellschafter der Helaba	21	114
sonstige nahestehende Personen	175	69

Wertberichtigungen für bilanzierte Forderungen an nahestehende Unternehmen und Personen bestehen nicht. Forderungsausbuchungen oder Forderungsverzichte sind im Jahr 2011, ebenso wie 2010, nicht angefallen.

Die nicht bilanziell als Forderungen beziehungsweise Einlagen oder Verbindlichkeiten ausgewiesenen Geschäfte mit nahestehenden Personen betreffen im Wesentlichen den An- und Verkauf von Wertpapieren und Investmentfondsanteilen sowie das von einer Tochterunternehmung betriebene Geschäft der Platzierung von geschlossenen Fonds. Die hieraus entstandenen Erträge beziehungsweise Aufwendungen sind von nur untergeordneter Bedeutung (insgesamt kleiner als 1 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 1 Mio. € (2010: 0,2 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 2 Mio. € (2010: 2 Mio. €).

Die Bezüge des Vorstandes der Helaba im Jahr 2011 setzen sich wie folgt zusammen:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Kurzfristige Leistungen	5	5
Andere langfristige Leistungen	1	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–

Darüber hinaus wurden für Mitglieder des Vorstandes den Pensionsrückstellungen 0,4 Mio. € (2010: 0,4 Mio. €) zugeführt (Dienstzeitaufwand).

Dem Verwaltungsrat wurden wie im vorangegangenen Jahr 0,6 Mio. € und den Beiräten unverändert 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrates als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 1 Mio. € gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden 3 Mio. € (2010: 3 Mio. €) geleistet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind 39 Mio. € (2010: 40 Mio. €) zurückgestellt.

(77) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von Konzernunternehmen der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden:

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010 ¹⁾
Abschlussprüfung	3	4
Sonstige Leistungen	4	1
Gesamt	7	5

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

(78) Angaben zu Arbeitnehmern

Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Bank	965	980	1.430	1.425	2.395	2.405
WIBank	236	214	175	176	411	390
LBS	175	181	134	140	309	321
Gesamtbank	1.376	1.375	1.739	1.741	3.115	3.116
Konzernochtergesellschaften	1.432	1.564	1.341	1.500	2.773	3.064
Konzern	2.808	2.939	3.080	3.241	5.888	6.180

(79) Mitglieder des Verwaltungsrates**Vom Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen berufen:****Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– seit 29. Juni 2011 –
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –
– seit 9. September 2011 –

Karlheinz Weimar

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –
– bis 29. Juni 2011 –

Prof. Dr. h. c. Ludwig G. Braun

Vorsitzender des Aufsichtsrates
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstandes
Kasseler Sparkasse
Kassel
– seit 1. Januar 2011 –

Dirk Diedrichs

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt
– seit 21. Oktober 2011 –

Bernd Fickler

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Groß-Gerau
Groß-Gerau
– bis 31. Dezember 2011 –

Robert Fischbach

Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg

Martin Fischer

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena

Stefan Gielowski

Oberbürgermeister
Stadt Rüsselsheim
Rüsselsheim
– bis 31. Dezember 2011 –

Stefan Lauer

Mitglied des Vorstandes
Deutsche Lufthansa AG
Frankfurt am Main

Christoph Matschie

Minister
Thüringer Minister für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Erfurt

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Stefan Reuß

Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege

Dr. h. c. Petra Roth

Oberbürgermeisterin
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Dr. Bernd Scheifele

Vorsitzender des Vorstandes
HeidelbergCement
Heidelberg
– bis 31. August 2011 –

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Rainer Spaeth

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt
– bis 20. Oktober 2011 –

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bensheim
Bensheim
– seit 1. Januar 2012 –

Egon Vaupel

Oberbürgermeister
Stadt Marburg
Marburg
– seit 1. Januar 2012 –

Dr. Norbert Vornehm

Oberbürgermeister
Stadt Gera
Gera

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstandes
Software AG
Darmstadt
– seit 7. September 2011 –

Von der Belegschaft entsandt:

Wilfried Abt
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2011 –

Dr. Robert Becker
Senior Vice President
New York
– bis 30. Juni 2011 –

Ursula Bergemann
Stellvertretende Bankdirektorin
Erfurt
– seit 1. Juli 2011 –

Nicole Brandt
Bankangestellte
Kassel
– bis 30. Juni 2011 –

Isolde Burhenne
Bankprokuristin
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2011 –

Wilfried Carl
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Kassel
– bis 30. Juni 2011 –

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt
– bis 30. Juni 2011 –

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2011 –

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

(80) Kreditausschuss des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Stellvertretender Vorsitzender –

Wilfried Abt
Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Bernd Fickler
Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Groß-Gerau
Groß-Gerau
– seit 1. Januar 2011 bis
31. Dezember 2011 –

Martin Fischer
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena

Claus Kaminsky
Oberbürgermeister
Stadt Hanau
Hanau

Frank Lortz
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Gerhard Möller
Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Honorargeneralkonsul Dirk Pfeil
Unternehmensberater
Frankfurt am Main

Clemens Reif
Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Fritz Schröter
Mitglied des Thüringer
Landtages
Erfurt

Ulrich Zinn
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

(81) Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Peschka

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck

Bankprokurist
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– seit 9. September 2011 –

Dr. Robert Becker

Senior Vice President
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
New York
– bis 8. September 2011 –

Ursula Bergemann

Stellvertretende Bankdirektorin
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Erfurt
– seit 9. September 2011 –

Wilfried Carl

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Kassel
– bis 8. September 2011 –

Dirk Diedrichs

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt
– seit 24. November 2011 –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium der
Finanzen
Wiesbaden
– seit 9. September 2011 –

Dr. Rainer Spaeth

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt
– bis 20. Oktober 2011 –

Karlheinz Weimar

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden
– bis 29. Juni 2011 –

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personalausschuss, einen Bauausschuss sowie einen Beteiligungsausschuss übertragen.

(82) Mitglieder des Vorstandes

Hans-Dieter Brenner

Vorsitzender

Klaus-Dieter Gröb

Rainer Krick

Dr. Norbert Schraad

Johann Berger

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Detlef Hosemann

Gerrit Raupach

(83) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Johann Berger	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Klaus-Dieter Gröb	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Gerrit Raupach	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Bruno Döbeli	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Herbert Hirschler	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Jürgen Hofer	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Ulrich Kirchhoff	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Claudio Miguel Lagemann	Pirelli Deutschland GmbH, Höchst	Mitglied
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Dirk Mewesen	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Vorsitzender
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Vorsitzender
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Jörg Raaymann	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied

(84) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß
§ 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0	¹⁾
2	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	89,80			0,0	218	²⁾
3	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00			0,0	-1	²⁾
4	Arosa Finance Limited, Dublin, Irland	0,00			0,0	-34	³⁾
5	BGT Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG für Citybauten, Frankfurt am Main	100,00	100,00		98,3	19.988	²⁾
6	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,3	797	²⁾
7	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00	100,00		0,0	0	⁴⁾
8	CAMPANULA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			-3,1	-506	³⁾
9	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,7	1.864	
10	Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	100,00			2,9	1.571	²⁾
11	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Kriftel	100,00			70,4	13	
12	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Fulda	100,00			-0,6	325	²⁾
13	Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	768	²⁾
14	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			10,1	32	
15	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00			101,1	5.299	
16	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		745,7	60.000	
17	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,75		100,00	0,2	0	¹⁾
18	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			0,3	0	^{1), 4)}
19	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	^{1), 4)}
20	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	99,69		100,00	0,0	-513	
21	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-90	²⁾
22	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	-11	
23	G+S Bauen und Wohnen GmbH, Frankfurt am Main	99,74		100,00	2,6	67	
24	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	99,74		100,00	23,4	887	
25	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00			56,1	4.232	
26	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0	¹⁾
27	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	99,74		100,00	353,5	47.180	
28	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,4	-483	²⁾

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
29	HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH, Pullach	0,00		100,00	50,2	263 ³⁾
30	HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG, Pullach	0,00		91,25	51,6	-73 ³⁾
31	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	0,00		54,56	32,7	-1.339 ³⁾
32	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-355 ²⁾
33	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,5	451 ²⁾
34	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	100,00	100,00		153,3	13.984
35	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	100,00	100,00		5,4	171
36	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0 ¹⁾
37	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,5	5 ²⁾
38	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00	24,00	-14,3	1.667
39	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,5	519
40	IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,4	12 ²⁾
41	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			8,9	1.327
42	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			5,3	407
43	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		42,3	-448
44	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			22,4	1.136
45	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			17,0	478
46	Magnolia GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,7	-96 ²⁾
47	Main Capital Funding II Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00			17,0	478 ³⁾
48	Main Capital Funding Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00			0,1	87 ³⁾
49	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	94,92		100,00	0,0	0 ¹⁾
50	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	74,60			3,7	611
51	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	90,70			17,4	1.106
52	NVZ Teltow GmbH, Berlin	100,00			0,3	11
53	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5,2	206
54	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0 ^{1), 4)}
55	OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0 ³⁾
56	OPUSALPHA PURCHASER LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0 ³⁾
57	Palladium Praha s.r.o., Praha, Tschechien	83,00		83,00	-74,1	6.187 ³⁾
58	Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	0,00			-21,2	-3.583 ³⁾
59	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Kassel	100,00			0,0	-46 ²⁾
60	Projektgesellschaft ehem. JVA Erfurt mbH & Co. KG, Erfurt	100,00			0,1	-15 ²⁾
61	Projektgesellschaft Gesundheitszentrum Frauengasse – Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2 ²⁾
62	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	-516
63	Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	190 ²⁾

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
64	STRATUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00		94,80	-6,1	-927 ³⁾
65	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	233
66	VANESSA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			-6,9	-6.095 ³⁾
67	Vermögensverwaltung „Emallierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			0,5	-4
68	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0 ¹⁾
69	Westhafenkontor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,4	1.568 ²⁾
70	Westhafen Tower GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,5	6 ²⁾

Lfd. Nr.	Wertpapiersondervermögen nach InvG	Kapitalanteil in %		Fonds- volumen
		gesamt	davon unmittelbar	Mio. €
71	HI A-FSP Fonds	100,00	100,00	139,0 ³⁾
72	HI C-FSP Fonds	100,00	100,00	124,2 ³⁾
73	HI FBI Fonds	100,00	100,00	129,7 ³⁾
74	HI FBP Fonds	100,00	100,00	92,8 ³⁾
75	HI FSP Fonds	100,00	100,00	157,0 ³⁾
76	HI H-FSP Fonds	100,00	100,00	135,2 ³⁾
77	HI-Balanced 40	100,00	100,00	5,0 ^{3), 5), 6)}
78	HI-HT-KOMP-Fonds	100,00		8,7 ^{3), 7)}
79	HI-LBS 2-FONDS	100,00		49,0 ^{3), 7)}
80	HI-LBS 4-FONDS	100,00		49,5 ^{3), 7)}
81	HI-LBS 5-FONDS	100,00		42,3 ^{3), 7)}
82	HI-LBS 6-FONDS	100,00		48,5 ^{3), 7)}
83	HI-LBS-FONDS I	100,00		47,9 ^{3), 7)}
84	HI-RENTPLUS-FONDS	100,00		371,9 ^{3), 7)}
85	HI-TURBO-FONDS	100,00		756,8 ^{3), 7)}

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet.

At Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%		
					Mio. €	Tsd. €
86	BS Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
87	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	49,87		50,00	0,7	-291
88	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			-0,7	-631
89	G&O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Eschborn	50,00			0,1	-2
90	G&O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	-53
91	G&O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			0,1	12
92	G&O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,4	-4
93	G&O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	-2
94	G&O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			-0,4	-96
95	G&O Gateway Gardens Zweite GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			-0,1	-59
96	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			-1,4	-395
97	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	2
98	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Eschborn	47,00			-2,0	-448
99	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Vierte Rhein-Main KG, Eschborn	50,00			-1,5	-576
100	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,1	20
101	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			-0,1	-140
102	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			0,2	1.909
103	OFB & Procom Rüdeshheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-15
104	Projektentwicklung BS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-2,1	-1.667
105	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00		33,33	0,1	-1
106	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,2	-11

At Equity bewertete assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
107	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	25,00			111,2	36.167
108	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			1,3	22
109	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	44,79	44,79		23,3	556
110	Sparkassen Markt Service GmbH, Darmstadt	50,00			1,5	201

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
111	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1
112	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0 ¹⁾
113	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	0,5	60
114	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,5	82
115	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,2	35
116	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,9	118
117	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	0,8	150
118	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,7	458
119	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	22
120	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,4	31
121	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0 ¹⁾
122	DNL Verwaltungs GmbH, München	100,00	100,00		0,0	0
123	Dritte Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			0,0	3
124	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	13
125	Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	94,90		100,00	2,2	160

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
126	Franziskanerhof Bonn Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	94,90		100,00	0,0	0
127	GIB Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,6	0 ¹⁾
128	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungs- gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	4
129	Helaba Beteiligungs-Management-Gesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,5	0 ¹⁾
130	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,9	-7
131	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	8
132	Innovationsfonds Hessen Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	86,66	86,66		-0,2	-14
133	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	-1
134	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1,2	243
135	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,9	44
136	MAINLOGO GmbH, Frankfurt am Main	70,00			k. A.	k. A.
137	NIBU Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,5	457
138	Norman Berry Drive, LLC, Norcross, Georgia, USA	100,00	100,00		k. A.	k. A.
139	Nötzli, Mai & Partner AG, Zürich, Schweiz	70,00			0,5	97
140	Office One Verwaltung GmbH i. Gr., Schönefeld	100,00			k. A.	k. A.
141	Projektentwicklung Taunusstein GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2
142	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH, Frankfurt am Main	50,87		51,00	0,0	1
143	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH & Co. Bauträger KG, Frankfurt am Main	50,87		51,00	0,1	-11
144	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,0	0
145	Second Millennium GmbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	2
146	S-Landesimmobilien GmbH, Erfurt	100,00	100,00		0,0	0
147	TE Atlas GmbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	2
148	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	53
149	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	3,8	266
150	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1,1	138
151	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0

Gemeinschaftsunternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
152	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Oberursel	50,00	50,00		-0,7	-15
153	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
154	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Eschborn	50,00			0,0	2
155	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,0	0
156	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		-15,7	-11.450
157	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		33,7	-1.339
158	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,5	108
159	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	5
160	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,3	37
161	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00			-1,1	-706
162	Multi Park Verwaltungs GmbH, Walldorf/Baden	50,00	50,00		0,0	12
163	OFB & Procom Einzelhandelsentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			k. A.	k. A.
164	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	0,2	27
165	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	-1

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
166	Bürgerschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		12,5	490
167	Bürgerschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		17,9	1.334
168	Cargo Immobilien GmbH & Co. Projekt 2 KG, Wiesbaden	25,00			0,0	197
169	Cargo Immobilien GmbH & Co. Projekt 3 KG, Wiesbaden	25,00			0,1	115
170	CEREUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co Vermietungs KG, Pullach	33,33	33,33		2,8	-477
171	Comtesse BTH Limited, London, Großbritannien	6,11	6,11	25,10	28,2	3.439
172	CORPUS SIREO Holding GmbH, Köln	25,00			0,1	6
173	CPC Cellular Process Chemistry GmbH, Frankfurt am Main	28,88		33,33	0,0	-782
174	Francilienne Investments I S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	23,41			0,2	-10
175	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			-4,8	-524
176	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	44,79	44,79		0,0	3
177	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Wiesbaden	50,00	50,00		0,5	277
178	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		44,7	1.325
179	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			-0,7	1.204

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
180	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			-0,7	83
181	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		6,7	412
182	MIG Immobiliengesellschaft mbH i. L., Mainz	22,73	22,73		-6,7	-7
183	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,60	38,60		17,5	594
184	Riedemannweg 59–60 GbR, Berlin	32,00			-4,5	120
185	sys-T-matic Automations AG in Insolvenz, Schaaheim	20,00		30,00	k. A.	k. A.
186	Uknow GmbH, Heidenrod	21,74		25,09	-0,4	13
187	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-1,9	-71
188	Vision Verpackungstechnik GmbH, Grünberg	21,79		25,14	-0,8	-483

Kapitalanteil größer 20 %

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
189	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00		0,21	-0,2	3

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Von § 264b HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

³⁾ Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Zweckgesellschaft.

⁴⁾ Von § 264 Abs. 3 HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

⁵⁾ Es handelt sich um ein Publikumssondervermögen im Sinne des InvG.

⁶⁾ Geschäftsjahresende 30. November.

⁷⁾ Geschäftsjahresende 31. Januar

k. A.: Es liegt kein festgestellter Abschluss vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 30. März 2012

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner

Berger

Gröb

Dr. Hosemann

Krick

Raupach

Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, gesonderter Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, 30. März 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt
Wirtschaftsprüfer

Wolfgang Weigel
Wirtschaftsprüfer

**Unterzeichner für die
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**

Frankfurt am Main / Erfurt, den 30. April 2012